

ZUKUNFT BRAUCHT ERFAHRUNG

souverän



Krise

Wie geht es
weiter mit Europa?

Renten: Achtung –
Doppelbesteuerung droht!

Interview: Dr. Norbert Röttgen
zur Lage in der Türkei

- ▶ Alle Höhepunkte in acht Tagen
- ▶ Rundreise mit Übernachtung in 4-Sterne-Hotels
- ▶ Ausflug auf die Kurische Nehrung

€ 100 Preisvorteil p. P. für Mitglieder der CDU Senioren Union und einer Begleitperson

Baltikum – drei Länder, Kulturen und Völker

1. Tag: Flug ins Baltikum Mit dem Zug fahren Sie zum Flughafen Frankfurt (oder optionaler innerdeutscher Anschlussflug). Flug mit Lufthansa um 13.20 Uhr nach Tallinn. Nach Ihrer Ankunft Begrüßung durch Ihre Reiseleitung und Fahrt zu Ihrem Hotel. (A)

2. Tag: Mittelalterliche Hansestadt Tallinn Heute erkunden Sie auf einer ausführlichen Altstadtbesichtigung das bezaubernde, mittelalterliche Tallinn, welches zum UNESCO-Welterbe gehört. Sie sehen den Domberg, die Alexander-Newski-Kathedrale und in der lutherischen Toomkirik die alten Grabplatten und Wappen alter deutscher Adelsgeschlechter und lauschen Ihrer Reiseleitung, die Ihnen die jeweilige Geschichte dazu erzählt. Nach einem Panoramablick auf die vielen Ziegeldächer der Verteidigungsbastionen geht es vorbei an schön restaurierten Bürgerhäusern in die Unterstadt zum spätgotischen Rathaus, dem einzigen in Nordeuropa. Sehen Sie weiterhin in der Unterstadt die Heiliggeistkirche, das Häuserensemble „Drei Schwestern“ und den Wallturm „Dicke Margarethe“. Der Rest des Tages steht Ihnen für eigene Entdeckungen zur freien Verfügung. Abendessen in einem mittelalterlichen Restaurant in der Altstadt. (F, A)

3. Tag: Tallinn – Riga Im Ostseebad Pärnu genießen Sie einen Strandspaziergang und im Gauja-Nationalpark erhalten Sie von der Burgruine von Turaida einen atemberaubenden Panoramablick auf die Lettische

Schweiz. Ein Spaziergang zur Gutmannshöhle lässt Mythen aufleben. Abends Ankunft in Riga. (F, A)

4. Tag: Riga: lettische Avantgarde Immer wieder stoßen Sie auf die Spuren der Hanse mit ihren stattlichen Kaufmannshäusern und spazieren unter anderem an den mittelalterlichen Gildehäusern, dem Häuserensemble „Drei Brüder“, der Petri Kirche und Jakobi-Kirche, dem Schwarzhäupterhaus und dem Dom vorbei. Im Anschluss sehen Sie im Jugendstilviertel einzigartige Fassaden voller Reliefs und Ornamente, die selbst Wien oder Brüssel nicht bieten können. Der Rest des Tages steht Ihnen zur freien Verfügung. (F, A)

5. Tag: Riga – Klaipeda Heute steuern Sie das dritte baltische Land, Litauen, an. Kurz nach der Grenze Halt in Siauliai am „Berg der Kreuze“. Der kleine Hügel ist mit unzähligen Kreuzen von unterschiedlicher Größe übersät. Für das katholische Litauen ist es ein magischer Ort des Glaubens. Im Bernsteinmuseum in Palanga erfahren Sie mehr über das Gold der Küste. In der Hafenstadt Klaipeda erwartet Sie bei einem Rundgang eine gut restaurierte Altstadt mit dem „Ännchen von Tharau“. (F, A)

6. Tag: Klaipeda: Kurische Nehrung Von Klaipeda aus setzen Sie mit der Fähre auf die Kurische Nehrung über. Sie bummeln mit Ihrer Reiseleitung durch den Fischerort Nida mit seinen alten, blau und rot bemalten Fischerhäusern, direkt am Haff gelegen. Danach besichtigen Sie das

Thomas-Mann-Haus. Auf dem „Schwiegermutterberg“ verbrachte die Familie Mann die Sommer 1930-1932. Beeindrucken werden Sie die schneeweißen Sandberge der Dünen, zu denen Sie eine leichte Wanderung unternehmen. Genießen Sie den Tag in dieser einmaligen Naturlandschaft. (F, A)

7. Tag: Klaipeda – Vilnius In Kaunas genießen Sie die Stadtansichten auf der Altstadtpromenade. Gelegen am Kaunasser Meer ragt die Klosteranlage von Pazaislis empor. Anschließend Weiterfahrt nach Trakai. Über eine lange Holzbrücke gelangen Sie zur gotischen Inselburg, die wie gemalt im See liegt. Das mittelalterliche Herz von Litauen schlägt wieder in der perfekt restaurierten Residenz. Sie erreichen Vilnius. Die Silhouette ist von barocken Türmen und Kirchendächern geprägt. Orientierende Stadtrundfahrt und Fahrt zum Hotel. (F, A)

8. Tag: Heimreise Am Vormittag sehen Sie in der Altstadt von Vilnius die bedeutendsten Kirchen, die Universität, das Tor der Morgenröte und die Stadtmauern mit der Kapelle, die die Schwarze Madonna von Vilnius birgt. Fahrt zum Flughafen und Rückflug nach Deutschland. Ankunft in Frankfurt um 15.50 Uhr. (F)

Flugplan-, Hotel- und Programmänderungen bleiben ausdrücklich vorbehalten.

(F=Frühstück, A=Abendessen)

Anmelde-
schluss
16.12.2016

Baltikum | 8-Tage-Erlebnisreise ab € 899

Termine und Preise p. P. im Doppelzimmer für Mitglieder der CDU Senioren-Union und eine Begleitperson

06.05. bis 13.05.2017	€ 899
25.06. bis 02.07.2017	€ 969
12.08. bis 19.08.2017	€ 999
Aufpreis Einzelzimmer	€ 235
Aufpreis für Nichtmitglieder*	€ 100

* Die Begleitperson eines Mitgliedes zahlt keinen Aufpreis

Aufpreis für innerdeutschen Lufthansa-Anschlussflug nach Frankfurt und zurück ab Berlin, Bremen, Dresden, Düsseldorf, Friedrichshafen, Hamburg, Hannover, Leipzig/Halle, München, Münster/Osnabrück, Nürnberg und Stuttgart je nach Verfügbarkeit € 99

Leistungen, die überzeugen

- ▶ Zug zum Flug (2. Klasse)
- ▶ Flüge mit Lufthansa von Frankfurt nach Tallinn und zurück von Vilnius in der Eco.-Class, 23 kg Freigepäck

- ▶ Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren (Stand 08/16)
- ▶ Transfers am An- und Abreisetag
- ▶ Rundreise/Ausflüge in landestypischen Reisebussen internationalen Standards mit Klimaanlage
- ▶ Führüberfahrt auf die Kurische Nehrung
- ▶ 7 Hotelübernachtungen (Bad oder Dusche/WC)
- ▶ 7x Frühstück, 6x Abendessen im Hotel, 1x mittelalterliches Abendessen im Restaurant in Tallinn, jeweils ohne Getränke
- ▶ Komplettes Besichtigungsprogramm laut Reiseverlauf
- ▶ Stadtrundgänge in Tallinn, Riga und Vilnius
- ▶ Strandspaziergang im Ostseebad Pärnu
- ▶ Halt am bewegenden Berg der Kreuze
- ▶ Altstadt Rundgang in Klaipeda mit dem bekannten „Ännchen von Tharau“
- ▶ Tagesausflug auf die Kurische Nehrung mit leichter Wanderung auf einer der höchsten Dünen Europas
- ▶ Malerisch gelegene Wasserburg von Trakai
- ▶ Alle Eintrittsgelder und ökologische Gebühren auf der

- Kurischen Nehrung (€ 38)
- ▶ Deutsch sprechende Gebeco Reiseleitungen
- ▶ Umfangreiche Gebeco Reiseinformationen
- ▶ Ausgewählte Reiseliteratur

Teilnehmerzahl mind. 25 Personen

Ihre Hotels

Ort	Nächte/Hotel	Landeskat.
Tallinn	2 Euroopa	★★★★
Riga	2 Wellton Hotel Riga	★★★★
Klaipeda	2 Amberton Klaipeda (superior Zimmer)	★★★★
Vilnius	1 Holiday Inn Vilnius	★★★★

Veranstalter Gebeco GmbH & Co. KG, Holzkoppelweg 19, 24118 Kiel **Hinweis** Es gelten die Reisebedingungen und Hinweise der Gebeco GmbH & Co. KG, Kiel. Aufgrund der begrenzten Kapazitäten, insbesondere bei den innerdeutschen Anschlussflügen ist eine umgehende Buchung zu empfehlen!

Informieren und Anmelden Das Anmeldeformular und die detaillierte Reiseausschreibung für diese und weitere Reisen erhalten Sie über unser Reise-Service-Telefon für Leser der Souverän: **0431 544 66 88** oder direkt auf unserer Website zum runterladen **www.senioren-union.gebeco.de**

*Ich habe die großen Ferien
hier bei den Kindern und Enkelkinder,*



Die großen Ferien sind zu Ende. In Berlin hat der normale politische Alltag wieder begonnen, so könnte man meinen. Doch die Bundestagswahl im kommenden Jahr wirft bereits ihre Schatten voraus. Die Aufstellung der Kandidaten beschäftigt die Gemüter, und in vielen Kreisen ist sie schon abgeschlossen. Die Parteien schauen mit wachsendem Interesse auf die aktuellen Umfragen, ob diese mit Blick auf das große Ereignis im Herbst 2017 ihren eigenen politischen Wünschen und Vorstellungen entsprechen. Mehr und mehr wird von wesentlichen Teilen der Linken und Grünen, aber auch von der SPD, über ein Rot-Rot-Grünes Bündnis spekuliert. Zu seinen großen Befürwortern gehören der Alt-Grüne Jürgen Trittin und sein altlinker politischer Intimus Gregor Gysi, die sich beide als unermüdliche Trommler für dieses politische Farbenspiel starkmachen und – wie sie offen verkünden – eine historisch-politische Wende einläuten wollen mit dem großzügigen Geschenk an die SPD, ihr eine Erlösung aus der Daueropposition – zumindest aus der Position des zweiten Siegers zu verschaffen und ihr als gemeinsames Geschenk das Prädikat „Kanzlerpartei“ anzuheften – mit roten Schleifen sozusagen. Im stillen Kämmerlein werden bereits Frau Wagenknecht als Außenministerin und Herr Trittin als der für die Sicherheit zuständige Innenminister als feste Größen eingeplant. Ober-Linker Lafontaine könnte dann wunschgemäß auch die Fäden ins Kanzleramt ziehen und gegebenenfalls mit der Lockerung der Koalitionsschraube drohen, so ihm seine Fäden dorthin abgeschnitten würden. Darin hat er ja bereits Übung und die SPD bekanntermaßen ihre trostlosen Erfahrungen machen müssen. Frau Wagenknecht böte sich jedenfalls als offene Befürworterin eines NATO-Exits an, und Herr Trittin könnte eingedenk seiner 68er Vorstellungen endlich neue Zeichen für seine ihm vorschwebende Sicherheitspolitik setzen. Angesichts solcher Aussichten muss sich jeder normale Bürger an den Kopf fassen, was unserem Land drohen würde, sollte die NATO geschwächt und das westliche Bündnis ausgehebelt werden. Und was Frau Wagenknecht recht ist, ist mit Sicherheit Herrn Lafontaine billig, der übrigens politisch und ganz gewiss auch persönlich zu Honecker ein wesentlich besseres Verhältnis hatte als zum demokratisch gewählten Bundeskanzler Helmut Kohl. Da wäre etwas nachzuholen. Eine von linken Radikalen mitbestimmte Regierung würde nicht nur außenpolitisch neue und höchst gefährliche Wege beschreiten, auch wirtschaftspolitisch könnte sie durch Dirigismus und mit sozialistischen Experimenten all das zertrümmern, was in 70 Jahren sozialer Marktwirtschaft von Millionen Bürgerinnen und Bürgern mit Fleiß und vielen Opfern an Wohlstand und wirtschaftlichem Aufschwung geschaffen wurde. Nach dem von der übergroßen Mehrheit der Deutschen begrüßten Totalzusammenbruch der SED bekäme ihre Nachfolgepartei erneut die Möglichkeit, eine Politik zu arrangieren, die 1990 zum Wohle unseres Landes und Europas hinweggefegt wurde. Wo in aller Welt bitte gibt es einen einzigen sozialistischen Staat, in dem sich die Realität von wirtschaftlichem Wohlstand verbunden mit persönlicher Freiheit widerspiegelt!

Und wie in der Weimarer Zeit machen sich neben linken auch rechte nationalistische Radikale mit gemeingefährlichen populistischen Forderungen auf den Weg. Neue Grenzen wollen sie in Europa aufziehen, die jeder Verständigung und Versöhnung der Menschen auf unserem Kontinent blanken Hohn sprechen. Haben jene braungetünchten Strategen einer neuen Bewegung, die zu allem Überflus auch noch von quotensüchtigen Talkmastern in einem steuerähnlich finanzierten Fernsehen bei der Verkündung ihrer verworrenen wie gefährlichen Postulate hofiert werden, einmal darüber nachgedacht, dass es Nationalisten waren, die

Europa am Ende in eine unsägliche Katastrophe geführt haben. Niemals wieder dürfen chauvinistische Freibeuter ungehindert Menschen verführen, geschweige denn ihre eigenen Interessen durchsetzen. Wer in Europa erneut Grenzen errichten, seine wirtschaftliche Gemeinschaft aus den Angeln heben und durch nationalistische Raffsucht ersetzen will, die gute Nachbarschaften und Freundschaften zerstört, der legt auch die Axt an die wirtschaftliche und politische Existenz unseres deutschen Vaterlandes. Niemals wieder darf es Hasardeuren nationalistischer Herkunft und Räuberhauptmännern einer stumpfen und menschenverachtenden Ideologie erlaubt sein, all das zu ruinieren, was über 70 Jahre an Frieden und Wohlstand aufgebaut und erhalten werden konnte.

Sieben Jahrzehnte hat die Union ganz wesentlich mit Beginn der Kanzlerschaft Adenauers dazu beigetragen, dass Europa die längste Friedenspolitik seiner Geschichte erlebt hat, die unserem Vaterland einen Aufschwung ermöglichte, den die meisten 1945 nicht vorausgesehen haben. In der Welt wurde er als „deutsches Wirtschaftswunder“ bezeichnet. Es war aber kein Wunder. Es waren Arbeit und Fleiß, die Opferbereitschaft und der Freiheitswille von Millionen von Deutschen, die in einer westlich orientierten Welt ein Europa als Gemeinschaft demokratischer und freiheitlicher Nationen einforderten und die mithelfen wollten, es lebenswert und erfolgreich zu machen, ohne Grenzen und in der Vielzahl und Buntheit seiner Bräuche und Traditionen. Nicht zuletzt waren es die Kriegsgeneration und die der Nachkriegszeit, die ihren unübersehbaren Beitrag zu dieser Friedensperiode geleistet haben. Und schon deshalb wird und kann es die heutige Generation der Seniorinnen und Senioren nicht zulassen, dass verantwortungslose Nationalisten und sozialistische Phantasten mit ihren in die historische Rumpelkammer gehörenden Trümmerideologien der europäischen Einigung Schaden zufügen. Neue Grenzen schaffen neue Konflikte, und solche Konflikte haben in der Regel böse Folgen, wer wüsste das besser als die Europäer. Die Älteren von heute würden alles aufs Spiel setzen, was sie seit Ende des Krieges aufgebaut und geleistet haben, wenn sie nicht bereit sind, den Gegnern Europas Paroli zu bieten.

Bei der Bundestagswahl im kommenden Jahr stellen die älteren Bürgerinnen und Bürger in unserem Land ein Drittel der Wähler. Sie können mit ihrer Stimmabgabe Verantwortung beweisen und den Nationalisten wie den unbelehrbaren Sozialisten zeigen, dass deren Zeit endgültig vorbei ist. Schließlich geht es auch um ihre Kinder und Enkelkinder, denen sie keine Zeit bescheren möchten, die sie in ihrer Kindheit und Jugend durchstehen mussten. Für die Senioren-Union steht viel auf dem Spiel. Sie wird Flagge zeigen müssen, was sie kann und wozu sie fähig ist, wenn sie sich nicht als Versager aus der Politik verabschieden will. Freuen wir uns also auf einen Wahlkampf, in dem unser Wort Gehör findet, diesmal vor allem mehr als bisher auch nach der Wahl. Allein mit einer Zuschauerrolle in der Politik darf und wird sich die Senioren-Union nicht mehr zufriedengeben.

Dr. Otto Wulff

Prof. Dr. Otto Wulff
Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands



6 Europa in der Krise?

Manfred Weber, Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europaparlament, mit der These: „Es geht um die Selbstbehauptung!“

9 Der Brexit und die Altersdiskriminierung

Haben tatsächlich Großbritanniens Senioren ihrer Jugend die Zukunft verbaut?

12 Die Greisenfresser kommen

Über die Generation Rollator und einen Diskussionsstil ...

14 Zurück in die Zukunft?

Wie steht es um die Integration Südosteuropas in die Europäische Union?

16 „Die Kritik ist im Wesentlichen berechtigt“

Dr. Norbert Röttgen, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag, zur aktuellen Lage in der Türkei.

18 Eine Bürde weniger?

Folker Hellmeyer, Chefanalyst der Bremer Landesbank, zu Brexit und Griechenland-Krise.

20 Ältere Menschen haben keine Lobby

Drei Fragen an die Schauspielerin Senta Berger.

24 Rückkehr zum Qualitätsjournalismus

Wolfgang Börnsen, Bundesvorstandsmitglied der Senioren-Union, zur aktuellen Medienberichterstattung.

25 Achtung – Doppelbesteuerung droht!

Eine neue Studie zeigt, dass der Staat bei immer mehr Rentnern doppelt abbaskiert.

26 Die Erfahrung älterer Menschen schätzen lernen!

Professor Axel Börsch-Supan zur aktuellen Rentendiskussion.

28 Keine Angst vor der Killer-Kohle

Zum Sinn und Unsinn von Risikostudien.

30 Mehr Realismus wagen

Ein Beitrag zur Zukunft der deutsch-russischen Beziehungen.

32 Aus der Senioren-Union

35 Nachrichten aus der Europäischen Senioren-Union (ESU)

38 Leserbrief

Initiativen:

Träume wahr machen

Es waren magische 14 Tage und Nächte, als Christo und Jeanne-Claude das auf den Umzug von Parlament und Regierung aus Bonn noch wartende Reichstagsgebäude silbern glänzend verhüllten. 24 Jahre hatte es gedauert von der ersten Idee bis zur Verwirklichung. Sogar mehr als vier Jahrzehnte brauchte die Realisierung der Floating Piers. Christo – inzwischen Witwer und 81 Jahre jung – konnte seinen kühnen Plan, Menschen förmlich übers Wasser laufen zu lassen, jetzt auf dem norditalienischen Lago d'Iseo realisieren. Statt der erwarteten 500.000 Besucher spazierte über 1,2 Millionen faszinierte Menschen über die rund viereinhalb Kilometer langen goldfarbenen Floating Piers.

Text und Foto: Wolfgang Weber



Impressum

Herausgeber
Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstr. 8
10785 Berlin
Tel. 030 / 220 70 - 4 45
Fax 030 / 220 70 - 4 49
E-Mail seniorenunion@cdu.de
www.senioren-union.de

Verlag

Weiss-Verlag GmbH & Co. KG
Postfach 30 · 52153 Monschau
Geschäftsführer: Martina Schmitz
Verlagsleiter: Alexander Lenders
Tel. 02472 - 9 82 118
Fax 02472 - 9 82 77 114
alenders@weiss-verlag.de

Anzeigen und Beilagenkontakt

Verlagsrepräsentanten
Wolfgang Braun
Braun Medien GmbH
Riedelstraße 14
42349 Wuppertal
Tel. 0202 - 3 17 86 93
Fax 0202 - 3 17 86 95
kbmedien.braun@t-online.de

Auflage:

70000 Exemplare über personalisierten Posteinzelvertrieb an Senioren-Union-Mitglieder und an CDU-Funktions- und Mandatsträger

Leserzuschriften an:

Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Redaktion Souverän
Konrad-Adenauer-Haus
(Adresse s.o.)

Herstellung:

Weiss-Druck GmbH & Co. KG
Hans-Georg-Weiss-Straße 7
52156 Monschau
Layout: Ute Meurer

Redaktion:

Chefredakteur: Andreas Oberholz
(V.i.S.d.P.)
Tel. 02056 - 5 73 77
Fax 02056 - 6 07 72
pressebuero_oberholz@t-online.de

Weitere Autoren dieser Ausgabe:

Wolfgang Börnsen, Tobias
Flessenkemper, Alfons Gerling,
Alexander Graef, Lorenz Jäger (FAZ),
Prof. Dr. Walter Krämer, Peter
Mühlbauer, Manfred Weber,
Wolfgang Weber, Ulrich Winz,
Prof. Dr. Otto Wulff

Bildnachweis:

ARD-Plusminus (Hessischer Rundfunk), SU Saarland, Wikipedia/Siebbi, Bremer Landesbank, Ulrich Winz, fotolia, 123rf
Titelfoto: fotolia

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Energie für den Neustart.



Die Zukunft ist elektrisch.

Wer viel vorhat, muss gut gerüstet sein. Wir wollen das Elektroauto für alle erschwinglich machen und Sie mit innovativen Mobilitätskonzepten überzeugen. Null Emissionen sind unser Ziel, Transparenz und Offenheit unsere Pflicht. Denn es ist uns besonders wichtig, Ihr Vertrauen zurückzugewinnen. Bewegen wir uns gemeinsam in Richtung Zukunft!



Volkswagen

Kraftstoffverbrauch in l/100 km: kombiniert 1,7-1,5, Stromverbrauch in kWh/100 km: kombiniert 12,4-11,4, CO₂-Emissionen in g/km: kombiniert 39-35. Abb. zeigt optionale Sonderausstattung.

Europa in der Krise?

Es geht um die Selbstbehauptung

Brexit, schwelende Banken-, Euro- und Flüchtlingskrise, der wichtige EU-Partner Türkei auf dem Weg in die Demokratie – wie soll, wie kann es in Europa perspektivisch weitergehen? Ein Namensbeitrag von Manfred Weber, dem Vorsitzenden der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und Stellvertretenden Parteivorsitzenden der CSU.



„Was ist mit dir los, humanistisches Europa, du Verfechterin der Menschenrechte, der Demokratie und der Freiheit?“ Diese Frage hat Papst Franziskus unserem Kontinent anlässlich der Verleihung des Karlspreises ins Stammbuch geschrieben. Angefangen von der Schulden- über die Flüchtlingskrise bis hin zum Terror-Wahnsinn, der den Kontinent immer wieder heimsucht: Die Europäische Union befindet sich derzeit unter Druck. Es scheint, als würden diese neue Weltunordnung und die damit einhergehenden Unsicherheiten Populisten und Nationalisten gefährlichen Auftrieb geben. Der vorläufige Höhepunkt dieser Entwicklungen ist das Brexit-Votum vom 23. Juni, das von Angst und Hass geprägt war. Es ist etwas ins Rutschen geraten in Europa. In den Nationalstaaten sowie auf EU-Ebene muss sich deshalb einiges ändern: Die Politik muss wieder mehr Verantwortung übernehmen – für das eigene Handeln und auch für Europa. Es geht um nichts weniger als die Selbstbehauptung des Kontinents in der globalen Welt.

Historische Dimension

Es ist ein Einschnitt von historischer Dimension. Zum ersten Mal in der Geschichte der Europäischen Union hat eine knappe Mehrheit eines Volkes per Referendum den Wunsch geäußert, die Gemeinschaft wieder zu verlassen. Vor allem für Großbritannien steht viel auf dem Spiel. So ist dort am Tag nach der Entscheidung einge-





treten, wovor Beobachter stets gewarnt hatten: Das Pfund hatte zeitweise drastisch an Wert verloren, und Aktienkurse waren so dramatisch eingebrochen, dass das Land von der Wirtschaftskraft hinter Frankreich zurückfiel.

Zahlreiche Unternehmen überprüfen, ob sie aufgrund der Unsicherheiten das Land verlassen und woanders investieren sollen. Auch die politischen Folgen des Brexit-Votums ließen nicht lange auf sich warten. Tagelang taumelte Großbritannien führungslos vor sich hin, während sich die schottische Regierung für ein zweites Unabhängigkeitsreferendum aussprach. Auch, was aus Nordirland werden soll, steht in den Sternen. Dort hatte sich so wie in Schottland eine Mehrheit für den Verbleib in der EU ausgesprochen. Was erneute Schlagbäume zwischen beiden Teilen der irischen Insel für den dortigen Friedensprozess zur Folge haben könnten, mag man sich gar nicht erst ausmalen.

Kurzum: Durch die britische Gesellschaft geht ein gewaltiger Riss.

Die neue britische Regierung täte deshalb gut



daran, die Unsicherheit über den Brexit schnell zu beenden und rasch Klarheit darüber zu schaffen, wie sie sich die künftigen Beziehungen zur EU vorstellt. Ohne Hast, aber in einem sauberen und zügigen Verfahren müssen wir dann einen partnerschaftlichen Vertrag mit Großbritannien verhandeln. Die Spielregeln sind klar: London möchte weiter am Binnenmarkt teilnehmen. Dafür sind wir offen – allerdings zu unseren Spielregeln. Und das bedeutet, dass alle vier Grundfreiheiten, auch die Personenfreizügigkeit, gelten müssen. Die britische Rosinenpickerei ist durch das Referendum beendet worden. Sie wäre unfair gegenüber den Europäern und würde nur Nachahmer auf den Plan rufen. Dies wäre für ganz Europa – nicht nur für die Wirtschaft – ein Desaster.

Verantwortlich für diese problematischen Entwicklungen sind vor allem britische Populisten. Sie haben ihr Land mit allerlei Lügen in die größte Krise der Nachkriegszeit gestürzt. Nur einen Tag nach dem Referendum erklärte Nigel Farage, Brexit-Wortführer von der Anti-EU-Partei UKIP, dass die 350 Millionen Pfund, die Großbritannien angeblich wöchentlich an die EU überweise, nun doch nicht ins nationale Gesundheitssystem fließen würden. Lügen wie diese, der aggressive Ton der Anti-Europa-Kampagne sowie der verbreitete Hass haben Spuren in der Gesellschaft hinterlassen. Die vorübergehende Rückzugsankündigung von Boris Johnson hat die Glaubwürdigkeit der Brexit-Kampagnenführer weiter beschädigt. Ausbaden muss



dies nun vor allem das britische Volk. Aber auch für Europa insgesamt bedeutet dies viele Veränderungen. Denn Demagogen von rechts und links wollen die Gelegenheit nutzen und die Europäische Union zerstören. Spätestens seit dem britischen Referendum ist klar, worum es für uns alle in den kommenden Jahren gehen wird: Spaltung oder Zusammenarbeit, Mauern oder Brücken, Nationalismus oder Europa. Es ist wohl nicht übertrieben zu sagen: Europas Zukunft muss neu erkämpft werden.

Demagogen auf dem Vormarsch

In wichtigen Gründerstaaten der Gemeinschaft sind die Rechtspopulisten und Demagogen auf dem Vormarsch. Marine Le Pen vom französischen Front National versucht im nächsten Jahr in den Élysée-Palast einzuziehen. Gleichzeitig reibt sich Islam-Hasser Geert Wilders in den Niederlanden die Hände und versucht seine Mitbürger zu verängstigen und aufzustacheln. Und auch Deutschland ist von dieser Entwicklung nicht ausgenommen. Der Aufstieg der AfD basiert zum größten Teil darauf, dass sie auch die Klaviatur der immer schrilleren und extremeren Parteien in anderen Staaten spielt.

Wie konnte es nur so weit kommen, dass das Angstmachen, das Spalten und der Versuch, Europa zu zerstören, heute salonfähiger sind als je zuvor? Es gibt hierauf keine einfache Antwort. Fest steht allerdings, dass wir heute in einer vielschichtigen und komplizierten Welt mit zahlreichen Herausforderungen leben. Allein der islamistische Terror, der Europa seit einigen Jahren mit furchtbaren Anschlägen überzieht, ist eine Kampfansage an den Zusammenhalt Europas.

Ängste ernst nehmen

Dasselbe gilt für die Migrationskrise – stellt sie doch die Gemeinschaft immer wieder auf die Probe. Denn das, was Europa ausmacht – nämlich Solidarität der EU-Staaten füreinander –, ist in der Migrationskrise stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Eines muss klar sein: Syrische Familien, die aufgrund des Bombenterrors ihre Heimat verlassen mussten, müssen in Europa Zuflucht finden können. Dies ist unsere christliche Pflicht. Umso wichtiger ist es, dass die EU-Staaten endlich ihre Zusagen erfüllen und ihr Kontingent an syrischen Bürgerkriegsflüchtlings aufnehmen. Gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, dass

diejenigen, die kein Asylrecht in Europa erhalten oder schlicht ein besseres Leben suchen, rasch in ihre Heimat rückgeführt werden. Hilfe ja, wo sie nötig ist, aber der Missbrauch muss entschlossen bekämpft werden. Europa kann nicht unbegrenzt Menschen Zuflucht bieten.

Es gilt nun, die Ängste der Menschen ernst zu nehmen. Dies lehrt uns nicht zuletzt der Aufstieg der Demagogen. Wenn wir unser Europa vor der Zerstörungswut der Nationalisten schützen wollen, dann müssen wir es besser machen. Wir wollen Europa weiterentwickeln, bürgernäher machen und nicht zerstören.

Phase der Reflexion

Aber wie können wir Europa zukunftssicher machen? Zunächst einmal braucht die Gemeinschaft eine Phase der Reflexion. Besonnenheit, nicht Aktionismus, ist nun gefragt. Wir müssen überlegen, welches Europa wir uns in Zukunft vorstellen. Dis-

Wegfall der Zollschränken in Europa profitiert. Ohne die EU hätte die deutsche Erfolgsgeschichte so nicht stattfinden können. Und das gilt auch für die Zukunft: Europa ist unsere Lebensversicherung in einer globalisierten Welt. Nur gemeinsam, mit dem Gewicht von künftig 440 Millionen Menschen, können wir den neuen ökonomischen Schwergewichten in Asien und der digitalen Welt auf Augenhöhe entgegentreten und unsere Standards verteidigen. Europa wird sich im Zuge der Globalisierung zunehmend selbst behaupten müssen.

Starke Parlamente notwendig

Gleichzeitig muss sich die EU nicht um alles kümmern und sich insbesondere aus Themen, die in den Nationalstaaten oder Regionen besser lösbar sind, heraushalten. Wir sind durchaus offen für Rückübertragungen von Kompetenzen, müssen gegen Überregulierung vorgehen und verhindern, dass sich die europäische Gesetzgebung und vor allem deren Umsetzung in nationales Recht in Details verlieren. Europa braucht hierfür starke Parlamente, die die wesentlichen Entschei-

dungen treffen und die Regierungen kontrollieren. Europäische Entscheidungen dürfen nicht mehr von anonymen Beamten nachts in einem Hinterzimmer getroffen werden, sondern müssen in den Parlamenten offen diskutiert und beschlossen werden. Das gilt für das Europäische Parlament genauso wie für die nationalen Parlamente. Es braucht mehr Transparenz und Demokratie in Europa.

Wir Europaparlamentarier stehen zu unserer Verantwortung für die Gemeinschaft. Wir sind überzeugt, dass Europa ohne eine enge Zusammenarbeit keine Chance in der globalisierten Welt von morgen haben wird. Dies müssen wir täglich vermitteln und erklären. Dasselbe erwarten wir aber auch von nationalen Spitzenpolitikern. Es kann nicht angehen, dass in Brüssel die Hand gehoben wird, zu Hause dann aber keiner mehr etwas davon wissen will und Europa auch noch zum Sündenbock stilisiert wird. Seit der letzten Bundestagswahl sind gerade einmal eine Handvoll Gesetze beschlossen worden, denen die deutsche Bundesregierung nicht zugestimmt hat. Dafür muss aber künftig von allen gemeinsam mehr Verantwortung übernommen werden. Europa ist keine ferne Bürokratie, Europa, das sind wir letztlich alle. ■

Europas Zukunft muss neu erkämpft werden!

kussionen über immer mehr Europa, wie sie die Sozialdemokraten nur einen Tag nach dem Brexit-Referendum angestoßen haben, sind zum jetzigen Zeitpunkt nur schädlich und für die Menschen nicht mehr nachvollziehbar.

Für mich ist klar, dass sich Europa auf die großen Fragen unserer Zeit konzentrieren muss. Wir brauchen ein stärkeres Zusammenstehen beim Kampf gegen den Terror und dem Aufbau einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur. Sicherheit in Europa darf nicht an nationalen Egoismen scheitern. Die Europäer erwarten Taten und nicht Worte. Deshalb muss der Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden verbessert und die Terrorismusfinanzierung ausgetrocknet werden. Zudem brauchen wir eine gemeinsame europäische Gefährderdatei. In Zeiten asymmetrischer Kriegsführung muss Europa Informationshoheit gewinnen, seine wirtschaftliche Macht demonstrieren und seinen internationalen Einfluss nutzen.

Auch bei der Erschließung neuer Märkte sowie der Errichtung eines digitalen Binnenmarktes brauchen wir ein stärkeres Europa. Denn vom europäischen Binnenmarkt hängt unser Wohlstand ab. Das Exportland Deutschland hat massiv vom

Der Brexit und die Altersdiskriminierung

Haben Großbritanniens Senioren ihrer Jugend die Zukunftschancen vermässelt? So jedenfalls war es nach dem Brexit hierzulande häufig zu lesen. Eine pointierte Antwort von Peter Mühlbauer.



In deutschen Leitmedien (die sich – wie beispielsweise Spiegel Online und die Bild-Zeitung – vorher regelrecht in eine Anti-Brexit-Kampagne gestürzt hatten) machten nach der Entscheidung der britischen Bürger für einen Ausstieg aus der EU nicht nur die regional unterschiedlichen Teilergebnisse Schlagzeilen, sondern auch die nach Altersgruppen unterschiedlichen Mehrheiten: In der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen hatten nämlich nur 25 Prozent der Wahlteilnehmer für einen Brexit, aber 75 Prozent für einen Verbleib in der EU gestimmt.

Unter den 25- bis 49-jährigen Wahlteilnehmern votierten 44 Prozent für einen Ausstieg und 56 Prozent für einen Verbleib, unter den 50- bis 64-jährigen Wählern war das Verhältnis genau umgekehrt, und von denjenigen, die zur Urne gingen und 65 Jahre oder älter waren, wollten nur 39 Prozent in der EU bleiben, während 61 Prozent für einen Abschied von Brüssel stimmten.

Dass sich ältere Wähler mit großer Mehrheit für einen Brexit entschieden, führte dazu, dass man in der Spiegel-Online-Beilage Bento eine Beschimpfung der „Generation Rollator“ lesen und auf Twitter den Vorschlag zweier fanatischer EU-Anhänger finden konnte, älteren Menschen das Wahlrecht zu beschneiden – zumindest dann, wenn es um „Zukunftsfagen“ geht.

Bei diesen beiden EU-Ultras handelt es sich um Mario Sixtus und Michael Seemann. Der 1965 geborene Sixtus schreibt unter anderem für die Zeit, die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, das Handelsblatt und den Focus. Noch bekannter wurde er durch die mit Rundfunkgebühren-geld produzierte ZDFinfo-Sendung „Elektrischer Reporter“ und die 3sat-Sendung „Neues“. Es handelt sich also nicht um einen Stammtischkommentator, sondern um jemanden, der in deutschen Leitmedien – und damit auch auf die Politik – einen gewissen Einfluss hat. Das gilt (mit Einschränkungen) auch für Michael Seemann, der für die Zeit, Spiegel Online und die Frankfurter Allgemeine Zeitung schrieb.

Alle diese Forderungen blendeten aus, dass die Brexit-Referendums-Wahlbeteiligung bei jungen Wählern sehr viel niedriger war als bei älteren (was nahelegt, dass vielen jungen Briten die zur Abstimmung gestellte Frage relativ egal war): Von den 18- bis 24-Jährigen gingen am 23. Juni lediglich 36 Prozent zur Urne, von den 25- bis 34-Jährigen 58, von den 35- bis 44-Jährigen 72, von den 45- bis 54-Jährigen 75, von den 55- bis 64-Jährigen 81 und von den Über-64-Jährigen 83 Prozent.

Die Schriftstellerin Sibylle Berg meinte dazu in einem Kommentar mit der Überschrift „Alt ist das neue Böse“: „Wohlgemerkt, das waren die Jungen, die ihren

Hintern nicht an die Wahlurne bewegt haben, weil gerade was Spannendes auf Grindr und Tinder los war. [...] So wie viele Menschen um die 30 ihre Eltern für ihr verpfushtes Leben verantwortlich machen, hocken andere eben vor dem Computer, daddeln sich durchs Netz und verachten Ältere für ihr eigenes Phlegma.“

Ebenso ausgeblendet wurde von Sixtus, Seemann und Bento die Tatsache, dass beispielsweise die M5S in Italien, die ebenfalls ein Austrittsreferendum anstrebt, sowohl von ihrer Wählerschaft als auch von ihrer personellen Besetzung her vergleichsweise jung ist. Auch die österreichische FPÖ, deren Bundespräsidentenkandidat ein Öxit-Austrittsreferendum in Aussicht gestellt hat, hat in der Jugend einen deutlich höheren Stimmenanteil als bei älteren Wählern.

Wer Zweifel daran hegt, dass der offenbar ernst gemeinte Wahlrechtseinschränkungsvorschlag etwas jenseits der Grenzen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung liegt, kann statt des Alters eine entsprechende Diskriminierung nach Hautfarbe vornehmen, die der aktuelle Zeitgeist nicht so leicht duldet (was unter anderem daran sichtbar wurde, dass SPD-Spitzenpolitikerinnen den ehemaligen FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle in der Dirndl-Sexismusdebatte ungestraft einen „alten Sack“ nennen durften). Und wer argumen-

tiert, dass es im Brexit-Abstimmungsverhalten von Dunkel- und Hellhäutigen keine wesentlichen Unterschiede gab, der kann statt Senioren Körperbehinderte einsetzen, die klar für einen Brexit votierten. Das Argument, dass eine legale Altersdiskriminierung auch bei Personen unter 16 oder 18 Jahren stattfindet, greift hier nicht, weil dieser Ausschluss durch die typischerweise mangelnde Reife sachlich begründet ist.

Aus Heiko Maas' Justizministerium, wo man auf andere tatsächlich oder auch nur scheinbar diskriminierende politische Äußerungen mit der Beauftragung der (sehr umstrittenen) Amadeu-Antonio-Stiftung reagierte (deren Chefin Zuträgerin der ost-deutschen Staatssicherheit war und deren „Fachreferentin für Hate Speech“ auf Twitter mit Äußerungen wie „Sauerkraut, Kartoffelbrei – Bomber Harris, Feuer Frei!“ auf sich aufmerksam machte), war keine Stellungnahme dazu zu bekommen. Anstatt solch eines Kommentars aus dem Justizministerium servieren wir dem Leser deshalb ein paar kurze Ausflüge in die Geschichte, wo es schon mehrfach Fälle gab, in denen sich Eliten einer „Jugend“ bedienten, um ihre Interessen durchzusetzen:

Zum Beispiel vor gut 50 Jahren in China, wo 1966 die so genannte „Kulturrevolution“ begann, während der Schüler und Studenten ermuntert wurden, ihre Lehrer und Professoren an den Pranger zu stellen – und dem durch die seinem „großen Sprung nach vorn“ entsprungenen Hungersnöte angeschlagenen „großen Vorsitzenden“ Mao die Macht zu sichern.

Ihre „Zerstörung der vier Alten“ – altes Denken, alte Kultur, alte Sitten und alte Gewohnheiten – war in der Praxis meist Terror gegen ältere Menschen, deren Wohnungen sie verwüsteten und deren Bücher und Kunstgegenstände sie verbrannten. Außerdem richtete sich der Terror, den die Täter als „Kritik“ rechtfertigten, gegen die Menschen selbst, denen sie Eselshüte auf-

setzten und Schilder umhängten und die sich zur öffentlichen Selbstanklage zwingen wie in den Schauprozessen Stalins.

Wem das zu weit weg ist, der kann sich Propagandafilme wie Hitlerjunge Quex ansehen, in denen Europas Jugend für eine Idee mobilisiert wird, bei der man sich im Nachhinein fragt, ob durch etwas weniger Jugendbegeisterung nicht viel Schlimmes hätte verhindert werden können. In dem Film steht der Arbeiterjunge Heini, der sich der Hitlerjugend anschließt, gegen seinen sturen alten Vater, der ihm die Internationale mit Ohrfeigen einprügelt.

„Der nationalsozialistische Staat verstand sich als die Verkörperung des ‚jungen‘ Deutschland“ und „sah in der Jugend den wichtigsten Träger einer politisch-soldatischen Zukunftsgestaltung“, so Rolf Schörken in seinem Beitrag über Jugend in der Enzyklopädie des Nationalsozialismus. Adolf Hitler hatte bereits in Mein Kampf von einer „unverdorbenen“ Jugend geschwärmt, die „Verweichlichung“ und „Zersetzung“ der älteren Generation überwindet und „bewusst wieder zurückfindet zum primitiven Instinkt“.

In der Weimarer Republik bezeichneten sich Nationalsozialisten ebenso wie Kommunisten als „junge Front“. Barbara Stambolis nach avancierte „Jugend“ damals „zu einem kulturellen Code, der politische Positionen entlang einer binären Struktur gruppierte“: „Wer sich nicht der Seite der Jugend, des Lebens, der männlichen Tat und der Zukunft zuordnete“, so die Paderborner Historikerin, „dessen Position wurde pauschal als alt, dekadent, undeutsch und zerstörerisch diffamiert und aus dem Bereich des diskursiv verhandelbaren und ‚Wahren‘ ausgewiesen.“

Dabei waren es häufig Erwachsene, die ihre „Heilserwartung auf die Jugend projizierten“, wie die Berliner Kulturwissenschaftlerin Claudia Bruns anmerkt. Viele unter ihnen verehrten den Philosophen Friedrich Nietzsche, der der Jugend so eine Rolle bereits 1874 zusprach. Damit befand er sich in der Tradition des Genfers Jean-Jacques Rousseau, für den Reflexion ein „Zustand wider die Natur“ und ein denkender Mensch ein „entartetes Tier“ war. ■

Peter Mühlbauer

Pressestimmen nach dem Brexit:

„Der kranke Mann Europas ist Europa selbst.“

Gabor Steingart, Herausgeber des „Handelsblatt“, über den Brexit

„Was heißt führen? Eine Haltung haben. Probleme benennen und nach Lösungen suchen. Beim Brexit hat es daran überall gefehlt.“

Miriam Meckel, Chefredakteurin der „Wirtschaftswoche“

Was sind die Ursachen für das Wahlergebn? Vorab: Nicht Europa ist gescheitert, sondern die EU mit ihrer Fassadendemokratie. Das ist ein meilenweiter und wichtiger Unterschied.

Eine EU der Institutionen, Elfenbeintürme und Bürokratie, eine EU der feudalen Kommissare, von denen sich viele Bürger Europas schon lange nicht mehr abgeholt fühlen. ... Die Zerfallerscheinungen sind nicht mehr zu übersehen. Man kann nur hoffen, dass die Protagonisten den Warnschuss gehört haben und endlich die längst überfälligen und notwendigen Veränderungen durchführen. Europa als Friedensprojekt und Gemeinschaft ist nicht gescheitert – ganz im Gegenteil! Wenn jetzt die richtigen Lehren aus dem Scheitern der EU und den Wünschen der Menschen eingegangen werden, kann ein kerngesundes Fundament für die Zukunft aufgebaut werden.

Matthias Weik, Marc Friedrich, Ökonomen und Bestsellerautoren (u.a. „Der Crash ist die Lösung“)

Die Ursprungsfassung dieses Artikels erschien am 30. Juni in Telepolis, dem mehrfach ausgezeichneten Politikportal von Heise Medien, das auch die Computerzeitschrift c't herausgibt. Im Internet finden Sie Telepolis unter <http://www.heise.de/tp/>

Reisetermin:

**01.03. bis
15.03.2017**

Reiseleistungen:

- Flüge Frankfurt / Johannesburg – Kapstadt / Frankfurt mit der nationalen Fluggesellschaft South African Airways in der Economy-Class
- Inlandsflug Johannesburg / Port Elizabeth ebenfalls mit South African Airways in der Economy-Class
- Flughafensteuern, Kerosinzuschläge und Luftverkehrsabgabe von zurzeit EUR 398,- pro Person (Stand 09/16)
- 12 Übernachtungen in Hotels und Lodges der guten Mittelklasse im Doppelzimmer
- Halbpension
- Rundreise und Ausflüge im modernen, klimatisierten Reisebus
- Programm lt. Ausschreibung mit örtlicher, deutschsprachiger Reiseleitung ab/bis Johannesburg und ab Port Elizabeth
- Eintrittsgelder zum Programm
- 1 x Kellertour, 3 x Weinprobe
- Gepäckträgergebühren in den Hotels
- Umfangreiches Informationsbuch zur Reise

SÜDAFRIKA



**Kruger Nationalpark, Garden Route und Kapstadt
– drei von vielen Glanzlichtern dieser Reise!**



Flüge:

Ab/bis Frankfurt (Anschlussflüge von vielen deutschen Flughäfen möglich)



Besichtigungen:

Ausflugsprogramm und Safaris mit qualifizierter deutschsprachiger Reiseleitung

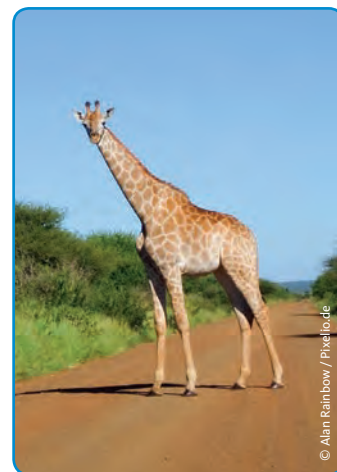


Übernachtungen:

In Hotels und Lodges der guten Mittelklasse

Eine Reise durch Südafrika gleicht wegen der Größe des Territoriums und seiner landschaftlichen Vielfalt einer „Weltreise durch ein Land“. Sie erkunden das Gebiet von Johannesburg bis zur südlichsten Spitze Afrikas, entlang der malerischen Garden Route und dem Kap der Guten Hoffnung, wo sich Atlantik und Indischer Ozean treffen. Auch ein Ausflug nach Stellenbosch, dem wohl bekanntesten Weinanbaugebiet Südafrikas, lohnt einen Besuch. Zahlreiche Bauwerke erinnern hier an die niederländischen Ursprünge.

Ein wahrer Schatz Südafrikas ist die in weiten Teilen unberührte Landschaft. Sie werden erstaunliche Naturdenkmäler wie den Blyde River Canyon und die großen Granitfelsen in Paarl erleben. Und natürlich nehmen wir uns auch ausreichend Zeit, bei Safaris die einzigartige Tier- und Pflanzenwelt Südafrikas in freier Wildbahn des Kruger Nationalparks zu erkunden.



INFORMATION & ANMELDUNG

Reiseziel:

SÜDAFRIKA

Termin:

01.03. bis 15.03.2017

Preise:

EUR 2.895,- p. P. im DZ*
Einzelzimmer-Zuschlag: EUR 350,-
Zuschlag für Zubringerflüge:
EUR 200,- pro Person
Vermittlung von Rail&Fly auf Anfrage möglich: EUR 70,- p. P.

(* bei Zweierbelegung)

Reiserücktrittskosten-Versicherung mit Selbstbehalt:
EUR 110,- pro Person
(Kann nach Abschluss nicht mehr storniert werden.)

Terramundi ist insolvenz-versichert bei:



- ☐ Bitte senden Sie mir das detaillierte Reiseprogramm zur SÜDAFRIKA-Reise.
- ☐ **JA**, ich möchte mit folgenden Personen an der SÜDAFRIKA-Reise teilnehmen. Bitte senden Sie mir die Buchungsbestätigung.

Name, Vorname (Teilnehmer/in 1 lt. Ausweisdokument)	Geburtsdatum
Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort	
Telefon mit Vorwahl	E-Mail
Name, Vorname (Teilnehmer/in 2 lt. Ausweisdokument)	Geburtsdatum
Datum, Unterschrift	

Nach Buchungseingang erhalten Sie eine Buchungsbestätigung vom Veranstalter Terramundi GmbH. Mit Erhalt der Reisebestätigung und des Sicherungsscheins ist eine Anzahlung von 10% des Reisepreises fällig, der Restbetrag 3 Wochen vor Anreise. Mit meiner Unterschrift erkenne ich die Reise- und Zahlungsbedingungen (einsehbar unter www.terramundi.de, auf Wunsch gern Zusendung per Post) des Veranstalters Terramundi GmbH – auch im Namen der/des Mitreisenden – an.

Coupon ausfüllen und direkt an den Veranstalter senden:



Terramundi GmbH
Im Wauert 14 • 46286 Dorsten
Telefon: 0 23 69 / 9 19 62-0
Telefax: 0 23 69 / 9 19 62-33
E-Mail: info@terramundi.de
Web: www.terramundi.de

Gewünschte (Zubringer)flüge ab/bis**:

**nach Verfügbarkeit, bitte beachten Sie evtl. Zuschläge

Hier bitte Ihre gewünschten Leistungen ankreuzen: **DZ** = Doppelzimmer • **EZ** = Einzelzimmer • **RV** = Reiserücktrittskosten-Versicherung • **RF** = Rail&Fly

Teiln. 1 ☐ DZ ☐ EZ ☐ RF ☐ RV
Teiln. 2 ☐ DZ ☐ EZ ☐ RF ☐ RV

(* bei Zweierbelegung)

Die **Greisenfresser** kommen

Als Fritz Stern am 18. Mai im Alter von neunzig Jahren starb und kein Medium ohne ausführliche Würdigung seines geschichtswissenschaftlichen Lebenswerks blieb, da sah es eine Fachkollegin anders. Die auf Bildern jugendlich wirkende Historikerin Anka (inzwischen: Anna) Hájková, die an der Universität von Warwick lehrt und derzeit als Humboldt-Fellow in Erfurt tätig ist, twitterte noch am selben Abend: „Die alten weißen straigten Männer sterben. Jetzt können wir die Geschichte revolutionieren!“

Frau Hájková's Forschungsgebiet ist die NS-Vernichtungspolitik. Sie ist assoziiertes Mitglied des „Centre for the Study of the Holocaust and Jewish Literature“, aber auch der „Czech Society for Queer Memory“ – und so mag sich der merkwürdige Akzent erklären, den sie bei Fritz Stern auf seine von ihr vermutete „straigte“ Lebensführung legte. Unabhängig davon aber ist an dem Fall notierenswert, dass überhaupt aus dem Ableben eines Menschen ein Gefühl des Triumphes werden konnte. Täuscht der Eindruck, oder haben sich solche Affekte, von keiner inneren moralischen Disziplin mehr kontrolliert, seit dem Brexit wirklich verstärkt? Die Alten als Feinde hat auch Héléne Benkmezian ausgemacht. Sie berichtet über französische

Parlamentsdebatten für „Le Monde“. Schon in der Vorstellung auf ihrem Twitter-Profil nennt sie sich „Gérontophage“ (Greisenfresserin), und am 24. Juni twitterte sie, offenbar gut gelaunt: „Mit dem Wahlrecht ist es wie mit dem Führerschein: Ehrlich gesagt, von einem gewissen Alter an sollte man es ihnen entziehen“ (Le droit de vote, c'est comme le permis: franchement, au bout d'un certain age, on devrait leur retirer). Das sind Gedanken, die in Deutschland ein vielfältiges Echo gefunden haben. Und leider nicht nur in Blogs oder der „Spiegel“-Schülerzeitung „bento“, wo Christina Kufer schrieb: „Liebe Generation Rollator, macht mir mein Europa nicht kaputt.“ Die „Zeit“ wollte mit ihrem Autor Wolfgang Gründinger nicht abseits stehen: „Das Referendum zeigt: Alte-Säcke-Politik diktiert die Agenda. Wir Jungen müssen uns organisieren.“ Und die „taz“ titelte nach dem Brexit: „Die Alten machen uns fertig.“ Die Autorin des Artikels war Jagoda Marinic, die das Interkulturelle Zentrum Heidelberg leitet.

Auch Jens Spahn, ein ewig jugendlicher CDU-Politiker und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, denkt weiter – er zieht die Konsequenzen aus dem von Héléne Benkmezian nur unverbindlich ins Spiel gebrachten Entzug des Wahlrechts. Der „Welt am Sonntag“ erklärte er kürzlich: „Ein Drittel der Wähler ist bald über 60. Da besteht die Gefahr, dass Politik sich zu stark nach deren Interessen richtet.“ Spahn plädiert deshalb für ein „Familienwahlrecht“: „Wenn Familien mehr Stimmen haben, haben ihre Themen auch mehr Gewicht in der politischen Debatte.“ Pro minderjähriges Kind bekäme ein Elternteil dann eine zusätzliche Stimme. Seit langem fordert dies auch die Familienministerin Manuela Schwesig. Und schon 2008 gab es einen entsprechenden Antrag im Bundestag. Da es ausdrücklich nur um minderjährige Kinder gehen soll, die je eine zusätzliche Stimme bringen, würden die aller anderen, älteren Eltern entwertet. Das alles sind natürlich Träumereien an linksliberalen Kaminen. Eine Ände-

rung des Grundgesetzes wird es nicht geben. Aber die Stimmung, die seit dem Brexit in die öffentliche Diskussion gekommen ist, darf man nicht unterschätzen. Man kommt um die Diagnose nicht herum, dass der Hass an Intensität und Schamlosigkeit zunimmt, manchmal in feinerer, manchmal in unfeiner Form. Und dieser blanke Hass ist beileibe kein Privileg der Rechtsradikalen. Man hat unlängst von einer „enthemmtten Mitte“ gesprochen. Aber enthemmt sind heute alle, nicht nur die Radikalen auf allen Seiten, sondern ebenso die Linksliberalen und vor allem die artikulationsfähigen Intellektuellen unter ihnen wie Héléne Benkmezian oder Anka Hájková.

Warum ist dieser Hass so gemein und niedrig? Weil er sich auf ein Sein richtet, das der Betreffende durch keine Handlung und keinen freien Willen ändern kann. Darin liegt der Unterschied zum Klassenhass des früheren Sozialismus. Der Kapitalist konnte (theoretisch) seine Rolle verlassen, (theoretisch) das Eigentum an der Firma der Belegschaft überschreiben – der Hass gegen ihn betraf ausschließlich seinen sozialen Charakter, er betraf die „Charaktermaske“, nicht zwingend den Menschen dahinter. Der alte Mensch aber hat in diesem Spiel keine Möglichkeit einer legitimen Antwort. Er steckt, ohne Chance auf Entkommen, fest in der Zwangsjacke seines Seins. Insofern hat dieser neue Hass gegen die Alten auch eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Rassismus. ■

Lorenz Jäger

Dieser Artikel erschien zuerst im Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 30.06.2016. © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv.





Natürlich besser leben.



Mit dem **natürlich hohen Hydrogencarbonat-Gehalt von 1.846 mg/l** und einer einzigartigen Mineralisation. Fein perlend und angenehm im Geschmack wird Staatl. Fachingen seit jeher von Menschen getrunken, die auf ihre Säure-Basen-Balance achten. Beste Voraussetzungen für unbeschwerte Lebenslust.

www.fachingen.de/hydrogencarbonat

**STAATL.
FACHINGEN**

Das Wasser. Seit 1742.



Integration Südosteuropas:

Zurück in die Zukunft?

Sind die heutigen Probleme
der Europäischen Union auch
zu einem Teil durch übereilte
oder misslungene Erweite-
rungspolitik verursacht?
Ein Blick auf den Balkan ...

Vor 30 Jahren, im Schatten von Perestrojka und Tschernobyl, also der sich auflösenden und rapide an innerer Legitimität verlierenden Sowjetunion, auf der einen Seite und auf der anderen Seite einer mit neuer Dynamik versehenen Europäischen Gemeinschaft (EG) unter Führung von Kommissionspräsident Jacques Delors, begann die Balkanregion Anschluss „nach Europa“ zu suchen. Die EG entfaltete mit der Aufnahme Spaniens und Portugals Anfang 1986 und der Regierungskonferenz zur Einheitlichen Europäischen Akte neues Selbstbewusstsein. Das Binnenmarktprogramm, Investitionen in Forschung, Bildung, neue digitale Infrastruktur und das Versprechen von Mobilität (Schengener Abkommen 1985) waren ein Signal für Aufbruch und ein Zeichen dafür, dass die EG die Krisen der 1970er Jahre hinter sich hatte und den Strukturwandel schaffen wollte. Mit der Aufnahme Griechenlands 1981 hatte die EG schon ein Balkanland aufgenommen, und die weitere Süderweiterung bedeutete auch konkrete Unterstützung bei der Demokratisierung der ehemals von autoritären Militärdiktaturen regierten neuen Mit-

gliedsstaaten. Im damaligen Jugoslawien wurden diese Entwicklungen unterschiedlich wahrgenommen: als Chance – insbesondere in Slowenien und Kroatien; aber auch als Gefahr für Zusammenhalt und Bestand des Staates – insbesondere von den Kadern in Militär und Partei. Die Spannungen ließen sich nicht auflösen, und anstatt den Weg Mittel- und Osteuropas zu nehmen, waren die nächsten 15 Jahre in der Region gekennzeichnet von Niedergang, politischem Chaos, Krieg, millionenfacher Flucht und Vertreibung.

Zwar beschwor der damalige luxemburgische Außenminister Jacques Poos 1991 noch die „Stunde Europas“ bei der Bewältigung der jugoslawischen Krise, allein die EG hatte nicht die Kraft, den Krieg in Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina und schließlich in Kosovo und Serbien zu verhindern. In Albanien kollabierte das kommunistische Regime 1991, mit dem jugoslawischen Krieg im Rücken und nach Jahrzehnten der Abschottung suchten die Menschen eine Zukunft in Italien und Griechenland – das Land implodierte förmlich. Die 1990er Jahre wurden für die Region zu einem verlorenen Jahrzehnt. Bis zum Ende des Kosovokrieges 1999 spielte die EU keine Rolle. Beim Europäischen Rat in Köln wurde 1999 dann die Grundlage für eine europäische Perspektive gelegt, zentral dafür der Stabilitätspakt für Südosteuropa. Einzig Slowenien gelang es schon Anfang 2000, Teil der ersten Ost-Erweiterungsrunde zu werden.

Konkret wurde die EU-Integration der Region beim Europäischen Rat in Thessaloniki im Juni 2003 beschlossen. Durch einen Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess sollten die Staatswerdung in der Region begleitet und die strukturellen Anpassungen in Gesellschaft, Wirtschaft, Justiz und Verwaltung an die EU vorangebracht werden. Zwar herrschte Frieden, aber vieles war ungeklärt. Noch gab es einen Staat, bestehend aus Serbien, Montenegro und formal der Provinz Kosovo, die allerdings unter direkter Verwaltung der Vereinten Nationen stand. Bosnien-Herzegowina funktionierte kaum, zerrieben zwischen den Ansprüchen der drei konstituierenden Völker und den Folgen des Kriegs mit zwei Millionen Geflüchteten und Vertriebenen und 100 000 Toten. Mazedonien glitt 2001 äußerst knapp an einem Bürgerkrieg vorbei. Kroatien war dominiert von den nationalistischen Kräften Franjo Tudmans,

und Albanien gewann nur zögerlich Stabilität nach Massenmigration und Chaos.

Mit Elan ging die EU Anfang der 2000er Jahre ans Werk, um den Westlichen Balkan zu integrieren. Der Begriff Westlicher Balkan wurde geprägt, um die Länder von Bulgarien und Rumänien, mit denen schon über Beitritt verhandelt wurde, aber auch von der Türkei abzugrenzen. Begleitet wurde der Elan von der Entsendung der ersten zivilen und militärischen Missionen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. In Bosnien und Herzegowina taten seit 2003 einige hundert Polizeibeamte, Rechts- und Sicherheitsexperten ihren Dienst unter der Flagge der Europäischen Union und ab 2004 auch anfangs knapp 6000 Soldatinnen und Soldaten in der EU-Truppe EUFOR/Althea. In Mazedonien wurden ebenfalls EU-Militärs und Polizei zur Begleitung des Stabilisierungsprozesses eingesetzt. Unter der Leitung von Javier Solana, dem EU-Hohen-Beauftragten für die Außen- und Sicherheitspolitik, übernahm die EU konkret und in Ablösung von den Vereinigten Staaten die Verantwortung für die Sicherheit der Länder und Menschen in Südosteuropa. Der EU wurde das Vertrauen dafür entgegengebracht, trotz der schlechten Erfahrungen und des Versagens des EU-Krisenmanagements in den 1990er Jahren.

Abgebremst wurde der Prozess schon 2005, nachdem Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden den EU-Verfassungsvertrag zum Scheitern brachten. Nach der „big-bang“-Erweiterung 2004 um insgesamt zehn mittel- und ost-europäische Staaten, Malta und Zypern stellte sich Ernüchterung ein. Schon der Irak-Krieg 2003 hatte die gerade gefundene EU-Einigkeit in außenpolitischen Fragen wieder angefangen zu zerbröseln. Nachdem Angela Merkel Kanzlerin wurde und zusammen mit Nicolas Sarkozy die Verhandlungen mit der Türkei und die Erweiterung im Allgemeinen erst einmal auf Eis gelegt hatte, erodierte schnell die Autorität der EU in der Region. Ein großer Wurf sollte nicht gelingen, stattdessen begann ein technischer Prozess der Annäherung, der immer kleinteiliger und immer stärker von Nationalisierungstendenzen geprägt wurde. Griechenland blockiert Mazedonien in der Namensfrage seit nun 25 Jahren. Dies führte auch dazu, dass Mazedonien 2008 nicht zur NATO-Mitgliedschaft eingeladen wurde. 2006 gelang es

der EU, noch die Unabhängigkeit Montenegro zu gestalten, aber für eine Verfassungsreform in Bosnien und Herzegowina fehlte ihr die Kraft. 2008 traten die Divergenzen in der EU offen zutage. Die Unabhängigkeit des Kosovos wurde von insgesamt fünf EU-Mitgliedsstaaten nicht anerkannt (Griechenland, Rumänien, Slowakei, Spanien und Zypern). Die Erweiterung um Bulgarien und Rumänien 2007 löste schwere Bedenken, ja grundlegende Zweifel aus, ob die Perspektive der EU-Mitgliedschaft ausreichend starke Veränderungs- und Modernisierungsprozesse auslösen kann. Trotz Uneinigkeit und Zögern, gelang es jedoch, den Erweiterungs-Konsens für den Westlichen Balkan zu erhalten. Um den Menschen eine Perspektive zu bieten, wurde im Zuge der Kosovo-Unabhängigkeit beschlossen, das visumsfreie Reisen zwischen der Region und der EU (wieder) einzuführen. Dies wurde 2009/10 für alle bis auf den Kosovo erreicht. Vertraglich wurden alle Länder mit Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen, einschließlich Freihandel, an die EU gebunden.

Wegen dieser engen wirtschaftlichen Anbindung an die EU schlug allerdings auch die Krise der Jahre nach 2009 direkt auf die Region durch. Rücküberweisungen von Gastarbeitern gingen zurück, und das schon schwache Wachstum stoppte. Zum ersten Mal in der Geschichte der EU-Erweiterung wuchs mit Kroatien ein Land wirtschaftlich nicht mehr vor dem Beitritt. Als Kroatien am 1. Juli 2013 als erstes Westbalkanland Mitglied wurde, war die Hoffnung der Menschen auf eine weitere Annäherung an die Lebensverhältnisse, wie z.B. in Österreich, Deutschland oder Italien, zerstoßen. Dennoch, der Beitritt Kroatiens ist ein Erfolg. Denn die Perspektive von Thessaloniki: eine Aufnahme aller Länder in die EU, wurde mit Leben erfüllt. Allerdings sind die Hürden für einen Beitritt noch weiter in die Höhe gegangen. Die EU-Mitglieder erwarten heute, dass Probleme wie eine wettbewerbsschwache Wirtschaft, schlechte Verwaltung, erodierende öffentliche Daseinsvorsorge, Korruption, politischer Klientelismus und kaum funktionierende Rechtsstaat-Institutionen vor dem Beitritt angegangen werden. Angesichts des Rückschritts in manchen Mitgliedsstaaten in diesen Bereichen in den letzten Jahren, eines Anstiegs des auch ethnisch-nationalistischen Populismus in

Europa wird es für die sechs Westbalkanstaaten nicht leicht sein, diese Hürden zu nehmen.

Seit dem letzten Besuch eines jugoslawischen Außenministers in Bonn 1986 hat sich die Landkarte in Europa verändert. Die Idee der europäischen Integration hat sich dabei noch mehr verändert. Sie ist vielschichtiger und variantenreicher geworden. Wenn man das Jahr 1991 der EG-Integration als Vergleich nimmt, ist die Anbindung der Region heute mit einer damaligen EG-Mitgliedschaft vergleichbar, allerdings 2. Klasse, da ohne Arbeitnehmerfreizügigkeit, Zugang zu den Strukturfonds und Mitspracherecht. Die kleinen

Die Erweiterungspolitik bleibt die einzige erfolgreiche gemeinsame Außenpolitik der EU.

offenen Volkswirtschaften der Region sind wirtschaftlich vollständig integriert, an den Euro gebunden und in vielen Sektoren von EU-Unternehmen dominiert.

Seit 2006 besteht die Europäische Energie-Gemeinschaft, dank derer nur noch EU-Regeln gelten. Über den „Vorbeitrittsprozess“ nehmen die Länder an fast allen europäischen Aktions- und Förderprogrammen teil, von Erasmus über das Forschungsrahmenprogramm Horizon 2020 bis hin zu Initiativen für kleinere und mittlere Unternehmen. Auch demographisch besteht eine Herausforderung, denn die Bevölkerungsentwicklung ist überall, mit Ausnahme des Kosovos, rückläufig.

Insgesamt wohnen in den sechs Westbalkanstaaten ungefähr so viele Menschen wie in Nordrhein-Westfalen. In der Grenz- und Flüchtlingskrise 2015/16 haben die Länder beim Management der „Balkan-Route“ unter Beweis gestellt, wie eng sie in das europäische Grenzsicherungsregime eingebunden sind (dies war auch ein Erfolg der Visapolitik). Politisch beteiligen sich die Westbalkanländer an EU-Missionen weltweit, wobei Serbien nicht bereit ist, die EU-Sanktionen gegenüber Russland mitzutragen. Der letzte Punkt zeigt, dass neben den eher funktionalen Problemen der EU-Integration wichtige politische Fragen zu lösen sind.

Der Umgang mit der Geschichte ist ein offenes Problem: Wie können die juristische und gesellschaftliche Bearbeitung von

Krieg und Kriegsverbrechen der 1990er Jahre, aber auch die Aufarbeitung der kommunistischen Regime gelingen? Die jüngsten Strafprozesse in Bayern zu jugoslawischen Geheimdienstmorden in den 1980er Jahren sind ein kleiner Hinweis auf die Komplexität der Aufgabe. Das Problem Kosovo, aber auch der Streit um die innere Verfasstheit Bosniens und Herzegowinas, haben sich als langlebig erwiesen und hemmen die Entwicklung. Nach Zypern will die EU keine ungelösten territorialen Konflikte mehr importieren, und seien sie noch so eingeeht.

Spätestens seit dem 23. Juni 2016 besteht die Gewissheit, dass EU-Integration nicht unumkehrbar ist. Die Debatte um den Austritt Großbritanniens hat schon jetzt das Profil der EU in der Region verändert. Großbritannien hat sich in den letzten 15 Jahren stetig für die Integration Südosteu-

ropas eingesetzt und auch die NATO-Mitgliedschaft von Kroatien, Albanien und Montenegro unterstützt. Die derzeitige politische Schwäche der EU hat verstärkt Platz gelassen für alternative, meist anti-westliche Diskurse in der Region, gesteuert aus der Türkei und Russland. So steht die EU vor der Herausforderung, wie die weitere und dauerhafte An- und Einbindung gelingen kann, wenn auch das Versprechen der wirtschaftlichen und sozialen Konvergenz, als Motor von Reform und Veränderung, innerhalb der Europäischen Union kaum mehr aufrechtzuerhalten ist. Bislang stehen die Signale auf einer Fortsetzung der Politik der kleinen Schritte. Kein Wunder, denn die Erweiterungspolitik bleibt die einzige erfolgreiche gemeinsame Außenpolitik der EU. Angesichts ihres Erfolgs in der Region und im Hinblick auf Krieg, Instabilität und das Erstarken von Diktaturen in der südlichen und östlichen EU-Nachbarschaft ist die Politik vernünftig. ■

Der Autor: **Tobias Flessenkemper** ist Mitglied des Präsidiums der Südosteuropa-Gesellschaft e.V. Er lehrt europäische Politik an der Universität zu Köln und am Europa-Institut CIFE in Nizza.





Interview:

„Die **Kritik** ist im Wesentlichen berechtigt“

Die Entwicklung in der Türkei beherrscht zurzeit die Schlagzeilen. Souverän sprach darüber mit dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag, Dr. Norbert Röttgen.

Souverän: Herr Dr. Röttgen, die deutsche Öffentlichkeit und auch die Europäische Union schwanken in der Beurteilung der Geschehnisse in der Türkei. Während die einen vor überzogener Türkei-Kritik warnen, sehen die anderen deutliche Parallelen zu histori-

schen „Vorbildern“ der Machtergreifung von Diktatoren. Wie beurteilen Sie die Lage, ist die Türkei noch eine Demokratie?

Dr. Röttgen: Die Türkeikritik in Deutschland ist im Wesentlichen nicht überzogen, sondern berechtigt. Zur derzeitigen Lage gehört, dass es in der Türkei einen Militärputsch gegen einen demokratisch gewählten Staatspräsidenten und eine staatliche Ordnung gegeben hat, der von außen eindeutig zu verurteilen ist und die Lage in der Türkei auch dramatisiert hat. Leider muss man aber eben auch sagen, dass Erdogan ihn dazu benutzt, eine auf ihn zugeschnittene autoritäre Machtposition zu erringen. Das ist der Grund, warum er auf den Terror der PKK unverhältnismäßig und militärisch reagiert. Das ist

auch der Grund, warum er versucht, innerparteiliche Opposition und die Freiheit der Medien auszuschalten. Und auch die jüngste Entwicklung, die in dem militärischen Einsatz jenseits der türkischen Grenze auf nordsyrischen Boden nicht nur gegen den IS sondern auch gegen die den IS bekämpfenden syrischen Kurden gerichtet ist, haben darin ihre Ursache. So viel zur inneren Lage der Türkei. Gleichzeitig ist die Türkei für Deutschland und Europa ein Land mit geostrategischer Bedeutung – auch für unsere Sicherheit.

Ein Militärputsch als Mittel der Machtergreifung kann sicher nicht toleriert werden. Aber steht nicht zu befürchten, dass eine Wiedereinführung der Todesstrafe vor allem viele tatsächliche und vermeintliche Putschisten bzw. Regierungsgegner treffen wird?

Meine Einschätzung ist, dass es nicht zu einer Wiedereinführung der Todesstrafe in der Türkei kommt. Staatspräsident Erdogan weiß genau, dass dies das Ende der Beitrittsperspektive zur EU bedeuten würde. Denn dann wären die Beitrittsverhandlungen zwischen EU und Türkei beendet.



Es ist ja eine höchst komplexe Situation, umschrieben von den Stichworten EU-Beitrittsverhandlungen, Visafreiheit, Flüchtlingsabkommen ... kann man diese Fragen eigentlich noch voneinander trennen, um sie sachlich zu lösen?

Ja, das kann und muss man, auch wenn es Wechselbeziehungen gibt. Das Flüchtlingsabkommen ist eine gemeinsame Antwort der EU und der Türkei, deren Ausgestaltung und Bestand im gegenseitigen Interesse ist. Die Türkei setzt natürlich ihre Bedeutung im Hinblick auf die Flüchtlingsentwicklung als Argument dafür ein, dass ihren Bürgern Visafreiheit gewährleistet wird. Aber im Kern richtet sich die Visafreiheit nach den innerstaatlichen und rechtstaatlichen Verhältnissen in der Türkei und darum kann es die Visafreiheit nur geben, wenn die sogenannte Antiterrorgesetzgebung, die mindestens zum Teil auch eine allgemeine Oppositionsgesetzgebung ist, rechtstaatlich korrigiert wird. Und die EU-Beitrittsverhandlungen schließlich, sind eine ganz lange Perspektive, die angesichts der gegenwärtigen inneren Entwicklungen in der Türkei in immer weitere Ferne rückt.

Wo ist für Sie die rote Linie, was

die EU-Beitrittsverhandlungen angeht? Österreich sieht sie ja offenbar schon überschritten ...

Das ist aus meiner Sicht weniger eine Frage von einer roten Linie, als dass die Politik Erdogans das ganze Land in eine gegensätzliche Richtung führt als nach Europa. Wenn Erdogan die gegenwärtige Politik fortsetzt, ist der EU-Beitritt keine reelle Perspektive mehr.

Die Menschen hier zu Lande treibt die Frage um, ob das Flüchtlingsabkommen halten wird. Wie weit können/müssen wir türkischen Interessen entgegenkommen, um dieses Abkommen am Leben zu erhalten?

Dadurch, dass wir zu unseren Zusagen stehen und das gleiche auch von der Türkei verlangen. Wir müssen auf die rechtstaatliche Verbesserung der Antiterrorgesetzgebung bestehen. Wenn wir das nicht tun, würden wir Erdogan einen riesigen innenpolitischen Erfolg gewähren und würden somit zu einem Komplizen für seinen Machtausbau.

Wie hoch ist das Risiko, dass der lange Zeit nur schwelende Kon-

flikt mit den Kurden wieder auch auf deutschen Boden getragen wird?

Ich glaube das nicht. Wenn wir dies ansatzweise beobachten müssen, gäbe es dafür keine Toleranz.

Herzlichen Dank für das Gespräch.

Elbe

Schöner, ruhiger, günstiger wohnen

Seniorenwohnungen „Bellevue“
Im Kurgebiet Hitzacker (Elbe)
Von Privat zu vermieten
2 Zi., 55 m², ab 199,- + NK mtl.
V: 82,6 kWh, E., Bj 1991
Neubau, Fahrstuhl, Balkon, Garage.

Betreuung möglich, gegenüber im
Alten- u. Pflegeheim „Bellevue“
Gratisprospekte: Tel. 05862- 97550
www.peter-schneeberg.de

Professor-Wohlmann-Straße

Eine Bürde **weniger?**

Gibt der Austritt der Briten aus der Europäischen Union wirklich Anlass zur Schwarzmalerei? Ein Interview mit Folker Hellmeyer.

Souverän: Zugegeben, es sind unruhige Zeiten. Aber in jeder Krise liegt ja bekanntlich auch eine Chance. Trifft dies nicht auch auf den sog. Brexit zu, der in Deutschland medial als halber Weltuntergang beschrieben wurde?

Hellmeyer: In der Tat bin ich irritiert, dass die Experten, Politiker und Medien solitär auf die fraglos gegebenen Risiken schauen und damit implizit den Boden für eine milde Umgangsart mit dem Vereinigten Königreich willentlich oder unwillentlich bereiten. Kurzfristig stimme ich diesen Kreisen zu, dass damit Risikoaversion eine bremsende Konjunkturfolge haben kann. Die Betonung liegt auf dem Begriff „kann“. Aktuell verfügbare Daten aus der Eurozone, unter anderem der Economic Sentiment Index der Eurozone, weisen sogar in eine unerwartete positivere Richtung. Mittel- und langfristig steht ein Brexit sowohl politisch als auch wirtschaftlich für den Begriff Chance. Viele internationale Großkonzerne werden in der Folge mindestens bei Neuinvestitionen die EU gegenüber dem UK wegen des Marktzutritts bevorzugen. Aber auch Produktionsstättenverlagerungen vom UK in die EU stehen im Raum. Das heißt mehr Arbeitsplätze, mehr Lohnsumme, mehr Steuern und mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Der Finanzplatz London würde zugunsten Frankfurts, Paris' oder Dublins an Statur

verlieren. Auch darin kann ich keinen Nachteil für die EU erkennen.

Aber ist der Austritt nicht doch ein Problem für das Zusammenwachsen?

Politisch hat sich das UK nie für eine verstärkte Integration eingebracht. Ganz im Gegenteil lag der Fokus des UK in latenter Sonderbehandlung, nachdem die Solidarität der EU in den 70ern mit dem UK nicht unwesentlich zu einer Stabilisierung der Wirtschaft des UK beigetragen hatte. Ergo verlieren wir durch den voraussichtlichen Brexit ein wenig gemeinschaftlich agierendes Land und auch die Integrationsbremse in der EU. Das UK hat sich außenpolitisch immer durch die spezielle Partnerschaft mit den USA definiert, was auch am Geheimdienstbund „Five Eyes“ erkennbar ist, der zu Lasten der EU agiert hat. Ergo hat die EU immer nur die Rolle der „Zweitfrau“ auf der politischen Ebene des UK gespielt. Hier macht es Sinn, metaphorisch zu argumentieren: Politische Bigamie nach Machart des UK war für die EU eine Bürde.

Soweit der Brexit. Wie bewerten Sie die im Hintergrund schlummernde Euro- bzw. Griechenland-Krise?

Das Thema Griechenland wird uns weiter beschäftigen, aber dieses Thema ist isoliert und bietet keine Infektionsherde für die Eurozone. Zuletzt ergaben sich auch in Griechenland erste Ansätze einer konjunkturellen Stabilisierung, nachdem der Ausflug zu Tsipras/Varoufakis das Land um zwei Jahre Erholung gebracht hatte. Ergo ist dieses Thema nicht abgehakt, aber auch nicht virulent oder gefährlich. Nach wie vor berichten unsere Medien und Politiker



Folker Hellmeyer, gerngesehener Gast in finanzorientierten TV-Runden, ist seit 2002 Chef-analyst der Bremer Landesbank.

viel zu wenig über die Erfolge der Eurozone. Die gefährlichen strukturellen Haushaltsdefizite sind bereinigt. Die Eurozone liegt in der öffentlichen Haushaltslage weit vor den USA, Japan oder dem UK. Gleichwohl bleiben uns vereinzelte Problemfälle wie zuletzt Spanien oder Portugal erhalten. Auch bei dem Nord-Süd-Gefälle waren wir in der Eurozone erfolgreich. Die Reformländer haben durch Reformen ihre internationale Konkurrenzfähigkeit wiedergewonnen, ablesbar an Handelsbilanzüberschüssen der Eurozone, aber auch der Reformländer. Konjunkturell wächst die Eurozone mit gut 1,5% am Potenzialwachstumspfad nach Definition der EZB. Mehr noch hat das Wachstum die beste Qualität, da die Nachfrageausweitung in der Eurozone maßgeblich auf wiederkehrenden Einkommen beruht, ganz im Gegensatz zu den USA, wo das Nachfragewachstum maßgeblich kreditbasiert ist.

Die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland werden aufrechterhalten. Wie wird unsere Wirtschaft derzeit damit fertig?

Wir werden damit fertig, aber es kostet uns dennoch potenziellen Wohlstand. Mehr noch ergeben sich strukturelle Nachteile. Die Konjunkturmusik der Welt spielt nicht mehr im Westen, auch wenn wir uns politisch und medial so verhalten, als ob das noch der Fall wäre. Die aufstrebenden Länder haben heute einen Anteil von mehr als 60% an der Weltwirtschaft, sie stellen 85% der Weltbevölkerung und kontrollieren 70% der Devisenreserven der Welt. Sie wachsen mit mindestens 4% pro Jahr. Hier liegen unsere Absatzmärkte von morgen und übermorgen. Durch die Sanktionspolitik des Westens haben wir unsere ökonomische Zuverlässigkeit zur Disposition gestellt. ■



Schulte Haus-Rollator

Made in Germany

- ✓ sehr schmal - passt durch jede Tür
- ✓ enorm wendig - auf der Stelle drehbar
- ✓ nützlich - Tischdecken leicht gemacht

Jetzt Prospekt anfordern!

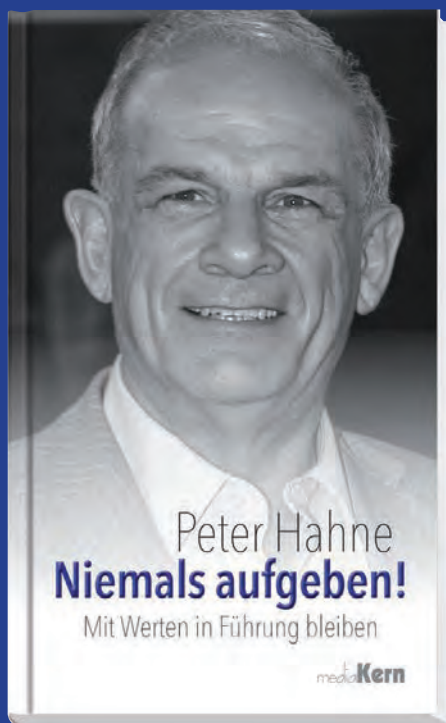
Telefon: **0 29 44 / 60 04**

Internet: www.haus-rollator.de



Schulte Holzprodukte GmbH | Langenberger Str. 96 | 33397 Rietberg | NRW

Jetzt aktueller denn je!



Auch als eBook erhältlich!

... das meistverkaufte christliche Buch 2015

(lt. Börsenverein des Deutschen Buchhandels)

Greift der **Islam** nach Europa? Wie können wir uns »wehren«?
Was lehrt unsere **Geschichte**?

Gehört das **Christentum** überhaupt noch zu Deutschland?

Nr. 5.121.005 € 9,95

Liebe Leser, die Top-Nachrichten im Fernsehen
und die Schlagzeilen der Zeitungen beweisen:
die Themen der beiden Bücher werden täglich
aktuellicher! Verschanken Sie sie im Doppelpack!
besteht Dr. Hahne

Hahnes Beispiele für **Entmündigung** u. a.:
Gender-Wahn, Bargeld-Abschaffung,
Gewalt-Zunahme, Islam-Verharmlosung.
Gegen den Jugendwahn.

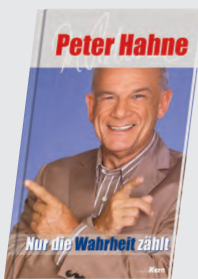


Jetzt auch als Hörbuch!

Von Peter Hahne
für Sie gelesen!



Quadriga-Verlag Nr. 894.085 € 10,-



Nähere Informationen finden Sie unter: www.peter-hahne.de

media **Kern** GmbH im **Kawohl Verlag** e.K.

46485 Wesel · Blumenkamper Weg 16
Tel 0281 96299-0 · www.kawohl.de

DREI FRAGEN AN ...



Senta Berger

österreichisch-deutsche
Schauspielerin und
Filmproduzentin,
Jahrgang 1941

Senta Berger und Ehemann Michael
Verhoeven auf der Berlinale 2013
(Quelle: Wikipedia/Siebbi)

1 **Souverän: Frau Berger, Sie haben kürzlich in einem Interview gesagt, dass ältere Menschen leider keine Lobby haben. Was hat Sie dazu veranlasst?**

Senta Berger: Dazu braucht es keine persönlichen Erfahrungen, man braucht nur die Augen offen zu halten. Wir leben in einer technologisierten Welt, in der alles auf seinen ökonomischen Wert hin geprüft und beurteilt wird. Alte Menschen haben kaum mehr Wert für die Autoindustrie, sie werden sich kaum mehr um Immobilien bemühen, keine Aktien mehr kaufen, keine neuen elektronischen Geräte kaufen. Also lohnt sich keine Lobbyarbeit. Dass alte Menschen uns mit ihren Erfahrungen, ihrem Wissen reich machen können, ge-

hört vielleicht zu den Illusionen, die ich mir über vergangene Jahrhunderte und andere Kulturen mache.

2 **In welchen Bereichen macht sich dies besonders negativ bemerkbar?**

Im Gesundheitswesen. Selbstverständlich in der Pflege alter Menschen. In den unerschwinglich hohen Kosten einer respektvollen, rücksichtsvollen Pflege, die die Individualität des Einzelnen beachtet und seine Persönlichkeit nicht auslöscht.

3 **Wie müsste eine wirkungsvollere Lobbyarbeit für Senioren und Seniorinnen denn aussehen? Welche Themen sollte sie in den Vordergrund stellen?**

Was wäre denn, wenn wir einen Verantwortlichen, einen Minister, eine Ministerin, in der Regierung hätten, der oder die nur für die Belange der alten Mitbürger da wäre? Jemand, der von Amts wegen für einen Etat kämpfte, der es möglich machen würde, finanzschwachen oder auch nur vereinsamten Menschen Gelegenheit zu geben, sich in Generationenhäusern zu begegnen, sie in soziale Arbeiten einzubinden, ihnen Reisen zu ermöglichen, sie als wichtigen Teil unserer Gesellschaft zu begreifen? Das bedarf sicher eines Umdenkens. Nicht jeder Beitrag, der für unsere Gesellschaft geleistet wird, muss sich rechnen, nicht wahr? ■



DEUTSCHE STIFTUNG
DENKMALSCHUTZ

Wir bauen auf Kultur.

Schön. Aber ein Stück Heimat fehlt.

Retten Sie Geschichte. Spenden Sie Zukunft.
www.denkmalschutz.de



Was wären unsere Städte und Dörfer ohne historische Gebäude? Ohne Bauwerke, die Geschichten erzählen, die typischen Eigenheiten einer Region verkörpern oder Wahrzeichen eines Ortes sind? Historische Bauwerke machen unsere Städte und Dörfer einmalig und unverwechselbar. Deshalb setzt sich die Deutsche Stiftung Denkmalschutz für den Erhalt einzigartiger Denkmale ein. Mit Ihrer Hilfe. www.denkmalschutz.de



Spendenkonto

Commerzbank AG
BIC: COBA DE FF XXX
IBAN: DE71 500 400 500 400 500 400

12 Tage USA Ostküste & Kanada

10.06. bis 21.06.2017

FRÜHBUCHERAKTION
8 x Abendessen / Sonderpreis 199 €
bei Buchung bis 10.12.16



- **Begleitete Studienreise • exklusives Angebot für die Souverän-Leser**
- **Begleitung der gesamten Reise durch einen kompetenten Reisebegleiter**

Auf dieser Reise werden wir Sie in die Ursprünge an der Ostküste Nordamerikas, in die Zeit der Mayflower und über den Beginn der Besiedlung dieses Kontinents einweihen. Sie besuchen historische Schauplätze wie Boston, Philadelphia und Washington, die Zeugen der Geschichte sind. Freuen Sie sich auf die französisch geprägten Städte Quebec und Montreal. Ausserdem besuchen wir die Glaubensgemeinschaft der Wiedertäufer, die Amish People, in Pennsylvania. Die grandiosen Niagara Wasserfälle oder die unzähligen verträumten Inselchen im St. Lorenz Strom stehen im Kontrast zu den Weltstädten New York und Toronto mit ihren imposanten Gebäuden. Es erwarten Sie unvergessliche Eindrücke und Gegensätze an der Ostküste der USA und Kanada.

Eine Studienreise mit einem Maximum an Komfort, Sicherheit & Erlebnis

Reiseverlauf:

01.Tag Frankfurt - New York

Ankunft - Transfer zum Hotel - Übernachtung New Jersey

02.Tag New York - Hartford/Windsor

Stadtrundfahrt - Übernachtung Hartford

03.Tag Hartford/Windsor - Boston

Orientierungsfahrt Boston - Übernachtung Raum Boston

04.Tag Boston - Quebec

Weiterfahrt nach Quebec - Übernachtung Quebec

05.Tag Quebec - Montreal

Stadtrundfahrt - Übernachtung Montreal

06.Tag Montreal - Thousand Islands - Kingston

Stadtrundfahrt - Bootstour (opt.) - Übernachtung Kingston

07.Tag Toronto - Niagara

Besuch CN Tower - Übernachtung Niagara

08.Tag Niagara Falls - Williamsport

Ausflüge Niagara (opt.) - Übernachtung Williamsport

09.Tag Williamsport - Washington

Stadtrundfahrt Washington - Übernachtung Washington

10.Tag Washington - Philadelphia - New York

Besuch Philadelphia - Übernachtung New Jersey

11.Tag New York - Rückflug nach Frankfurt

Empire State Building (opt.) - Rückflug

12.Tag Ankunft in Deutschland

Leistungen im Preis enthalten:

- Rundreise im europäischen 4-Sterne Luxusbus
- durchgehend deutsche Reiseleitung ab/bis New York
- zusätzliche Begleitung durch einen kompetenten Reisebegleiter ab/bis Deutschland
- Linienflug Frankfurt - New York - Frankfurt mit Singapore Airlines oder Lufthansa
- Steuern, Sicherheitsgebühren und Tax
- Transfer Hotel - Flughafen in New York mit lokalem Bus und Guide
- Rundreise laut Programm
- 10 x Übernachtung (Standardzimmer) in guten Mittelklassehotels inkl. Dusche/WC
- 10 x landesübliches Frühstück (teils Buffet, teils Continental, teils American Style)
- Stadtrundfahrt (max. 4 Std.) in: New York, Quebec, Montreal und Washington
- Orientierungsfahrt in Boston und Philadelphia inkl. Besuch der Freiheitsglocke von außen
- Besuch bei den Amish People und der romantischen Region der 1000 Islands
- Spaziergang mit Blick zu den beleuchteten Niagara Wasserfällen

Sonderpreis für die Souverän-Leser

- Euro 2.990,- pro Person im Doppelzimmer
- Euro 3.789,- im Einzelzimmer

Gerne übersenden wir Ihnen das ausführliche Reiseprogramm

World Wide Gruppenreisen • Schleissheimer Str. 89 • 85221 Dachau
seit 25 Jahren Spezialveranstalter für Amerika
Tel: 08131-318993-0 • Internet: cdu-su.wwgr.de



15 Tage Highlights der Westküste 22.05. bis 05.06.2017



- **Begleitete Studienreise • exklusives Angebot für die Souverän-Leser**
- **Begleitung der gesamten Reise durch einen kompetenten Reisebegleiter**

Erleben Sie auf dieser Reise die Highlights der Westküste Amerikas. Besuchen Sie mit uns gemeinsam die Wunder der Natur, wie den Grand Canyon, den Bryce Canyon und den Zion Nationalpark. Einen Hauch von John-Wayne-Stimmung erleben Sie in der Sierra Nevada. Freuen Sie sich auf Las Vegas und sonnenverwöhnte Städte wie Los Angeles oder San Francisco und kommen Sie mit auf eine unvergessliche Reise in das Land der Cowboys und Indianer.

Eine echte Lebensreise mit jeglichem Komfort

Reiseverlauf:

01.Tag Frankfurt - Los Angeles

Ankunft - Transfer zum Hotel - Übernachtung Los Angeles

02.Tag Los Angeles

Orientierungsfahrt Hollywood - Übernachtung Los Angeles

03.Tag Los Angeles - Laughlin

Los Angeles - Joshua Tree NP - Übernachtung Laughlin

04.Tag Laughlin - Williams

Laughlin - Route 66 - Übernachtung Williams

05.Tag Williams - Kayenta

Williams - Grand Canyon - Übernachtung Kayenta

06.Tag Kayenta - Bryce Canyon City

Kayenta - Monument Valley - Bryce Canyon - Übernachtung

07.Tag Bryce Canyon City - Las Vegas

Bryce Canyon City - Zion Nationalpark - Las Vegas

08.Tag Las Vegas

Las Vegas: Hoover Damm oder Helikopterrundflug (opt.)

09.Tag Las Vegas - Bakersfield

Las Vegas - Death Valley - Bakersfield

10.Tag Bakersfield - San Francisco

Bakersfield - Kings Canyon Nationalpark - San Francisco

11.Tag San Francisco

Stadtrundfahrt San Francisco - Bootstour (opt.) - Übernachtung

12.Tag San Francisco - St. Maria

San Francisco - Monterey - Übernachtung St. Maria

13.Tag St. Maria - Los Angeles

St. Maria - Highway 1 - Santa Barbara - Übernachtung Los Angeles

14.Tag Los Angeles - Rückflug

Freizeit - Transfer zum Flughafen - Rückflug nach Frankfurt

15.Tag Ankunft in Deutschland

Leistungen im Preis enthalten:

- Rundreise im europäischen 4-Sterne Luxusbus
- durchgehend deutsche Reiseleitung ab/bis Los Angeles
- zusätzlich Begleitung durch einen kompetenten Reisebegleiter ab/bis Deutschland
- Linienflug Frankfurt - Los Angeles - Frankfurt mit Lufthansa oder ähnlich
- Steuern, Sicherheitsgebühren und Tax
- 13 x Übernachtung in guten Mittelklassehotels
- 13 x Frühstück (landesüblich) teils Deluxe, teils Continental, teils American Style
- Welcome Dinner & Abschiedsessen (2.&13.Tag)
- Orientierungsfahrt in Hollywood
- Stadtrundfahrt (max. 4 Std.) in San Francisco
- Eintritt: 17-Miles-Drive
- Eintritte zu folgenden Nationalparks: Monument Valley, Grand Canyon, Bryce Canyon, Zion, Joshua Tree, Kings Canyon
- Death Valley (!wetterbedingt!)
- Calico Ghost Town (nur dann inklusive, falls Death Valley wetterbedingt nicht möglich ist!)

Sonderpreis für die Souverän-Leser

- Euro 3.495,- pro Person im Doppelzimmer
- Euro 4.395,- im Einzelzimmer

Gerne übersenden wir Ihnen das ausführliche Reiseprogramm

World Wide Gruppenreisen • Schleissheimer Str. 89 • 85221 Dachau
seit 25 Jahren Spezialveranstalter für Amerika
Tel: 08131-318993-0 • Internet: cdu-su.wwgr.de



Wir brauchen eine **Rückkehr** zum Qualitätsjournalismus!

Was gab es einstmals in unserer Republik für mediale Traumzeiten: als Journalisten noch sorgfältig in ihren Artikeln zwischen Meldung und Meinung unterschieden, sich Zeit für eine gründliche Recherche nahmen, Fakten, Fakten, Fakten zu Wort kommen ließen und den Mut aufbrachten, sich zu ihrer politischen Einstellung zu bekennen. Die Zeit, in der man als Reporter aus dem Elfenbeinturm seines Redaktionszimmers ausbrach, vor Ort dem Ereignis auf den Grund gehen konnte. Das war einmal.

Heute erwarten Herausgeber und Intendanten Resultate, die eine hohe Auflage und eine steigende Quote versprechen. Der Erste, der Schnellste mit einer aktuellen Meldung zu sein findet Wohlgefallen. Auf der Strecke bleiben oft Sorgfalt und Genauigkeit. Doch im Wettbewerb mit dem Internet bleiben die Traditionsmedien durchweg zweiter Sieger. Also bedienen sich viele Journalisten gleich dort, denn sie erhalten „Volkes Meinung“ frei Haus geliefert. Zur Nachprüfung – so äußern viele – bleibe wenig Zeit, und mit den anonymen Meinungen müsse man leben.



Der Autor: **Wolfgang Börnsen** (Bönstrup) MdB a.D. SU-Landesvorsitzender von Schleswig-Holstein, langjähriger Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Kultur und Medien

Über 60 Prozent aller Journalisten definieren sich als „Freie“. Sie haben keine vertragliche Absicherung mit einer Redaktion, sind oft nur Mitglied der Künstlersozialversicherung und bestreiten einen täglichen Kampf ums Überleben. Wie kann man von ihnen Qualitätsjournalismus erwarten, der Aufwand, Zeit und Geduld kostet! Viele „Freie“ haben sich mit dieser „Scheinunabhängigkeit“ arrangiert. Schnelle Wahrheiten werden produziert, wobei viele Vertragsjournalisten einem ähnlichen Druck unterliegen.

Skepsis und Misstrauen gegenüber den Medienmachern in unserem Land steigen jedoch nicht allein wegen der Skandalorientierung. Viele beklagen die politische Einseitigkeit von Journalisten. Nach einer Selbsteinschätzung ordnen sich über 60 Prozent als „links“ ein, fast 40 Prozent sehen ihre politische Heimat bei den Grünen. Die Konservativ-Bürgerlichen können nur jeden Dritten für sich verbuchen. Diese Ausgangslage mag auch mit ein Grund für eine – von vielen gefühlte – Bevormundung durch manche Aufmacher sein.

Zugespitzt: Die Blatt-, Radio- und TV-Macher entscheiden, was in Deutschland politisch korrekt ist. Gegenentwürfe werden weder akzeptiert noch geduldet. Deutlich wurde diese Strategie bei der Kampagne gegen den ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff oder auch bei der Rufmordaktion des TV-Journalisten Böhmermann gegen den Präsidenten der Türkei. Beide Ereignisse als mediale Sternstunden im Selbstlob herausgehoben, machen auf ein weiteres Phänomen unserer Medienlandschaft aufmerksam: die Entrüstungsmasche, die manchmal auch berechtigt ist. Die Brexit-Entscheidung der Engländer wurde in der Bundesrepublik von der FAZ bis zur taz in den ersten Tagen erbar-

mungslos niedergemacht, von Toleranz gegenüber anderen Auffassungen keine Spur.

Besonders das Wahlverhalten der Senioren, die in großer Zahl ihr Wahlrecht genutzt hätten, wurde als „verantwortungslos“ gegenüber der jungen Generation kritisiert. Doch nur jeder fünfte Jungwähler war zur Wahl gegangen. Nach Hochrechnungen englischer Zeitungen hätte eine vergleichbare Wahlbeteiligung der jungen Generation wie die der Älteren die Brexit-Entscheidung verhindert. Erst fünf Tage später wurde dieser Sachverhalt in einer kleinen Meldung bei uns veröffentlicht, doch die „Verantwortungslosigkeit und Dummheit“ der Senioren blieben als Vorwurf bestehen.

Was unsere Republik benötigt, ist eine Rückkehr zum Qualitätsjournalismus. Medien als uniforme Meute schaden der Demokratie. Sie tragen mit zu den schändlichen wie schädlichen Pegida-Auswüchsen unter dem Motto „Lügenpresse“ oder „Halt die Fresse!“ bei. Freie Medien sind ein wesentliches Element unserer gesellschaftlichen Ordnung. Besonders in Zeiten von großen Koalitionen, wo die Opposition nur ein „Schönheitsfleck“ ist, müssen ihre Rolle wie Funktion stark sein.

Der Schlüssel für Meinungsvielfalt und Medienqualität liegt in der Ausbildung der Journalistinnen und Journalisten, in ihrem Berufsverständnis und einer weitgehenden existenziellen wie sozialen Absicherung. Dafür einen Fond unter Beteiligung der Medienbranche zu schaffen wäre ein Weg, um dem Artikel 5 unseres Grundgesetzes gerecht zu werden. ■



Das Fernsehmagazin Plusminus berichtete kürzlich, dass der Staat bei immer mehr Rentnern doppelt abkassiert. Grundlage des Berichts: Werner Siepe, Finanzmathematiker (r.), und sein Bruder Günter, Steuerberater, haben in einer aktuellen Studie berichtet, wie sich die drohende Doppelbesteuerung auf einen Standard-Rentner auswirkt, der in wenigen Jahren in den Ruhestand tritt. Souverän sprach mit den Autoren der Studie.

Altersbezüge:

Achtung – **doppelte** Besteuerung droht



Souverän: Welches Problem genau liegt Ihren Berechnungen zugrunde?

W. und G. Siepe: Nach unseren Berechnungen kommt es bereits bei vielen Neurentnern ab 2015 zu einer doppelten Besteuerung ihrer Rente und ziemlich sicher bei allen Rentnern, die ab 2020 in Rente gehen. Doppelte Besteuerung heißt, dass die auf versteuerten Rentenbeiträgen beruhenden Rententeile im Ruhestand ein zweites Mal besteuert werden. Gerade dies soll nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus 2002 aber auf jeden Fall vermieden werden.

Sie haben der ursprünglichen Untersuchung vom Februar 2016 nun im Juni eine Ergänzung folgen lassen. Warum wurde diese notwendig, welche Fragestellung(en) haben Sie zusätzlich untersucht?

Uns liegen mittlerweile auch aktuelle Originalfälle vor, bei denen es nach unseren Berechnungen zur Doppelbesteuerung von Renten (gesetzliche Rente, Rente aus berufsständischer Versorgung oder Rürup-Rente) kommt. Darüber hinaus haben wir in unserer zweiten Studie vom Juni 2016 auch ganz konkrete Vorschläge zur Vermeidung der Doppelbesteuerung unterbreitet. **Wie sind Sie eigentlich auf das Problem gestoßen, bzw. was hat Sie bewogen, sich mit diesen Fragestellungen zu beschäftigen?**

Wir beide sind selbst nicht von der Doppelbesteuerung betroffen. Allerdings werden es unsere erwachsenen Kinder mit Sicherheit sein, sofern sich nichts ändert. Wir als Ruheständler haben uns erlaubt, auch die Belange der nachwachsenden Generation zu vertreten.

Wie ist diese von Ihnen diagnostizierte Doppelbesteuerung zu verhindern?

Wir schlagen konkret vor, nur die auf steuerfreien Beiträgen beruhende Rente voll zu besteuern und die aus versteuerten Beiträgen stammende Rente – wenn überhaupt – nur mit dem deutlich niedrigeren Ertragsanteil von zurzeit beispielsweise 18 Prozent der Rente bei 65-jährigen Neurentnern zu besteuern. Bei umlagefinanzierten Zusatzrenten im öffentlichen Dienst wird dieses sogenannte beitragsproportionale Verfahren bereits seit 2008 angewandt. Dieses bewährte Verfahren sollte dann auch für gesetzliche Renten, berufsständische Renten und Rürup-Renten gelten.

Das Bundesverfassungsgericht hat der Politik die klare Vorgabe gemacht, dass eine Doppelbesteuerung von Renten absolut zu vermeiden ist. Muss der Gesetzgeber noch einmal tätig werden?

Spätestens dann, wenn das Bundesverfassungsgericht die jetzigen Regelungen laut Alterseinkünftegesetz als Verstoß gegen

den Gleichheitsgrundsatz nach Artikel 3 des Grundgesetzes wertet, muss der Gesetzgeber nachbessern. Im Interesse der Neurentner und Steuerzahler wäre aber zu wünschen, dass der Gesetzgeber schon vorher von sich aus tätig wird.

Was muss man tun, wenn der Gesetzgeber nichts unternimmt und wenn man sich gegen die vermutete Doppelbesteuerung seiner Rente wehren will?

Zunächst muss man selbst schon in Rente sein und einen Einkommensteuerbescheid mit Besteuerung der gesetzlichen Rente, berufsständischen Rente oder Rürup-Rente vom Finanzamt erhalten haben. Nach Zurückweisung des Einspruchs gegen diesen Steuerbescheid muss man dann Klage beim zuständigen Finanzgericht erheben. Wird diese abgewiesen, geht der Weg weiter über den Bundesfinanzhof bis hin zur Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht. Dieser Weg durch alle Instanzen ist leider mühsam und dauert sicherlich fünf bis zehn Jahre. ■

Die Studien stehen im Internet unter www.vers-berater.de, dort unter dem Button „veröffentlichte Studien“ kostenlos zum Download zur Verfügung.

Die **Erfahrung** älterer Mitarbeiter schätzen lernen!

Es ist sinnvoll, die Erfahrung älterer Mitarbeiter zu schätzen, anstatt sie durch Frühverrentung zu verlieren. Ganz im Gegenteil braucht ein Land, in dem die Lebenserwartung stetig steigt, auch ein höheres Rentenalter. Ein Plädoyer von Sozialwissenschaftler Professor Axel Börsch-Supan.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges erleben wir einen erstaunlichen Anstieg der Lebenserwartung: In jedem Jahrzehnt ist sie um etwa zwei Jahre gewachsen. Derzeit beträgt sie etwa 80 Jahre, sie hat sich damit während eines Menschenlebens um etwa 16 Jahre verlängert. Die gewonnene Zeit wird, dies ist die nächste gute Nachricht, überwiegend ohne gesundheitliche Einschränkungen verbracht. Die „gesunde Lebenserwartung“ – also die Zeit bis zur ersten größeren gesundheitlichen Einschränkung – ist noch schneller angestiegen als die statistische Lebenserwartung. Dies liegt nicht daran, dass die typischen Alterskrankheiten später auftreten, denn die Biologie des Menschen ändert sich nur langsam. Sie machen sich jedoch erst später negativ bemerkbar, weil Medizin und Technik das Leben mit diesen Krankheiten deutlich erleichtern.

Diese überaus gute Nachricht hat nur eine große Schattenseite: Die Rentenversicherung wird immer teurer, wenn man das

Rentenalter beibehalten möchte, das Bismarck Ende des 19. Jahrhunderts von 70 auf 65 Jahre gesenkt hatte. Damals konnte ein 20-Jähriger übrigens nur ein Lebensalter von 61 Jahren erwarten; der Empfang einer Rentenleistung war also damals alles andere als das (fast) sichere Ereignis, das wir heute kennen. Allein seit 1970 hat sich die Rentenbezugszeit von weniger als 9 auf mehr als 17 Jahre fast verdoppelt, eine enorme Ausweitung der Leistungen, die unsere Rentenversicherung geliefert hat. Schon der gesunde Menschenverstand sagt einem, dass diese wunderbare Leistungsvermehrung nicht auf Dauer gutgehen kann. Wenn wir immer länger leben, aber das gewohnte Rentenalter beibehalten, gerät unser Leben aus den Proportionen, weil die Erwerbszeit, in der wir einen Teil des Arbeitslohnes verwenden müssen, um unsere Ansprüche auf die Rente zu sammeln, immer kürzer wird im Verhältnis zur Rentenbezugszeit. Derzeit brauchen wir etwa doppelt so viele Erwerbsjahre wie Rentenbezugsjahre – zwei Jahre Beitragszahlungen ergeben den Anspruch auf ein Jahr Rentenbezug. Dieses Verhältnis kann man nur ändern, wenn man entweder die Renten absenkt oder die Beiträge erhöht. Ersteres mögen die Rentner nicht, Letzteres hassen die Beitragszahler.

Kein Naturgesetz

An einer Erhöhung des Rentenalters geht also kein vernünftiger Weg vorbei, wenn die Lebenserwartung weiter ansteigt. Ein festes Rentenalter, das im 19. Jahrhundert festgelegt wurde, als wir in jeder Beziehung – auch, was Gesundheit und Lebenserwartung angeht – in einer anderen Welt lebten, kann kein Besitzstand auf ewig sein. Anpassung an geänderte Lebensumstände ist alternativlos.

Dieser bislang ungebrochene Anstieg der Lebenserwartung ist natürlich kein Naturgesetz. Russland hat einen deutlichen Rückgang der Lebenserwartung seit Mitte der 1990er Jahre erlebt; in den USA stagniert die Lebenserwartung der ärmeren Schichten, in denen die Fettleibigkeit enorm zugenommen hat. Aber daran wol-

len wir uns in Deutschland ja nicht messen. Den Gesundheitsstatistiken zufolge wird sich der Trend einer höheren Lebenserwartung in Deutschland für die nächsten ein bis zwei Dekaden linear fortsetzen, also mindestens bis zum Jahr 2030. Was danach kommt, werden wir sehen.

So war die graduelle Einführung der „Rente mit 67“ bis zum Jahr 2029 ein richtiger und vernünftiger Weg. Bis zu diesem Jahr wird die Lebenserwartung in Deutschland um mindestens drei weitere Jahre ansteigen, sodass mit einem um zwei Jahre späteren Renteneintritt die Rentenbezugsdauer nicht etwa kürzer als heute, sondern um mindestens ein ganzes Jahr länger sein wird. Da das derzeitige Rentenalter nicht von allen erreicht wird, wird auch das zukünftige Rentenalter von 67 Jahren nur eine Marke sein, an der sich sowohl früher in Rente Gehende orientieren als auch hoffentlich zunehmend viele Menschen, die gerne noch länger aktiv bleiben als bis zum Regelrentenalter. Ein flexiblerer Renteneintritt um das zukünftige Regelrentenalter ist wichtig, weil Menschen so verschieden sind – einige mögen ihre Arbeit, andere nicht; viele sind gesund, aber andere nicht. Der moderne Sozialstaat muss flexibel auf diese Wünsche und Notwendigkeiten eingehen, aber im Mittel das Rentenalter anheben.

Nach 2030 darf diese Anpassung nicht aufhören. Es ist müßig, derzeit über die Rente mit 70 oder gar 73 zu spekulieren. Wir sollten stattdessen lieber einen Automatismus einführen, der die Proportionen des Lebens in etwa konstant hält, also eine regelgebundene Anpassung des Rentenalters an die Lebenserwartung. Steigt diese weiter so schnell wie derzeit, wird das Rentenalter dementsprechend erhöht; steigt sie langsamer, braucht das Renteneintrittsalter auch nur langsam anzusteigen. Hoffen wir, dass wir gesünder bleiben als die Russen und Amerikaner. Diese Anpassung an die jeweils aktuelle Lebenserwartung sollte keine „Basta“-Entscheidung von Politikern sein, sondern ein gesetzlich geregelter Automatismus.

In den gewonnenen gesunden Lebensjahren liegt der Schlüssel dafür, dass aus der



Der Autor:
Prof. Dr. Axel Börsch-Supan, Ph.D., ist Direktor des Munich Center for the Economics of Aging am Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik



demografischen Bedrohung eine Chance werden kann. Die Lösungsansätze liegen auf der Hand: Menschen können länger arbeiten, weil sie länger gesund bleiben. Sie erhalten mehr Aus- und Weiterbildung, damit sie auch in der zweiten Lebenshälfte produktiv bleiben können. Menschen, die nach wie vor psychisch und physisch anstrengende Tätigkeiten ausüben, müssen mehr geschont werden und brauchen mehr präventive Maßnahmen.

Großangelegte Studie

Die moderne Forschung im Grenzgebiet zwischen den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften einerseits und der Medizin andererseits zeigt, dass all dies möglich und machbar ist. Das Munich Center for the Economics of Aging (MEA), eine Forschungsinstitution der Max-Planck-Gesellschaft, betreibt eine großangelegte Studie, die europaweit die Gesundheit der Menschen misst und mit den ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen ihres Lebens in Verbindung setzt. Dieser „Survey of Health, Aging and Retirement in Europe (SHARE)“ hat seit 2004 über 110.000 Menschen befragt und deren Gesundheit gemessen, viele davon mehrfach über eine Zeitspanne von mittlerweile mehr als zwölf Jahren. Diese Studie zeigt unter anderem die Gesundheitsentwicklung der Deutschen im Alter zwischen 60 und 69, also in dem Lebensabschnitt, über den derzeit im Rahmen der Rente mit 67 und anderer Vorschläge zur Erhöhung der Erwerbstätigkeit Älterer viel diskutiert

wird. Das Ergebnis ist beeindruckend gut, und dies unabhängig davon, wie man Gesundheit misst. 78 % der 60-Jährigen bezeichnen ihre Gesundheit als gut, sehr gut bis ausgezeichnet; zehn Jahre später sind es nur vier Prozent weniger. 65 % der 60-Jährigen haben keine Funktionseinschränkungen; zehn Jahre später sind es mit 61 % immer noch fast zwei Drittel. Hinzuzufügen ist allerdings, dass es große Unterschiede innerhalb jeder Altersstufe gibt. Diese sind viel größer als etwa der Unterschied zwischen 60- und 69-Jährigen. In Deutschland viel ausgeprägter als zum Beispiel in Skandinavien ist der Zusammenhang zwischen Bildung, Einkommen und Gesundheit: Menschen aus bildungsfernen Elternhaus verdienen in ihrem späteren Leben nicht nur weniger, sie sind auch weniger gesund; umgekehrt haben Menschen mit schlechterer Gesundheit oft Berufe, in denen sie weniger gut verdienen.

Quantitative Untersuchungen zeigen auch, dass ältere Menschen nicht notwendigerweise weniger produktiv sind als jüngere. In einer weiteren Studie des MEA wurden Fließbandarbeiter in einem deutschen Lastwagenmontagewerk intensiv beobachtet – über 1,2 Millionen Mal. Dabei wurde sichtbar, dass sich Erfahrung und körperliche Leistungsfähigkeit zu ergänzen scheinen: Die Leistungsfähigkeit sinkt zwar mit zunehmendem Alter, aber die Erfahrung steigt. Eine detaillierte Analyse zeigt, dass die 50- bis 60-jährigen Mitarbeiter insofern produktiver sind als die 25- bis 35-Jährigen, weil sie seltener schwere Fehler machen, deren Korrektur das Montagewerk besonders teuer zu stehen kommt.

Es ist also sinnvoll, die Erfahrung älterer Mitarbeiter zu schätzen, anstatt sie durch Frühverrentung zu verlieren. Ganz im Gegenteil braucht ein Land, in dem die Lebenserwartung stetig steigt, auch ein höheres Rentenalter. Eine älter werdende Belegschaft sollte künftig durch vermehrte Aus- und Weiterbildungsangebote neue Techniken erlernen und dadurch flexibel bleiben können. Auf diesem Feld sind die skandinavischen Länder ein Vorbild; dort werden über 40-Jährige erheblich stärker gefördert als in Deutschland. Eine Verbesserung der Weiterbildung und lebenslanges Lernen sind hierzulande politisch unumstritten und eine volkswirtschaftliche Binsenweisheit – bislang ist es jedoch bei Lippenbekenntnissen geblieben, weil Arbeitgeber, Arbeitnehmer und der Staat sich um die Finanzierung streiten.

Wir leben länger, bleiben länger gesund und sammeln im Laufe unseres Lebens wertvolle Erfahrungen, die uns auch als ältere Mitarbeiter noch hochproduktiv machen. Diese Seite des demografischen Wandels gibt Grund für Optimismus. Wir müssen diese Chancen nur nutzen! ■



Schulte Haus-Rollator

Made in Germany

- ✓ sehr schmal - passt durch jede Tür
- ✓ enorm wendig - auf der Stelle drehbar
- ✓ nützlich - Tischdecken leicht gemacht

Jetzt Prospekt anfordern!

Telefon: **0 29 44 / 60 04**

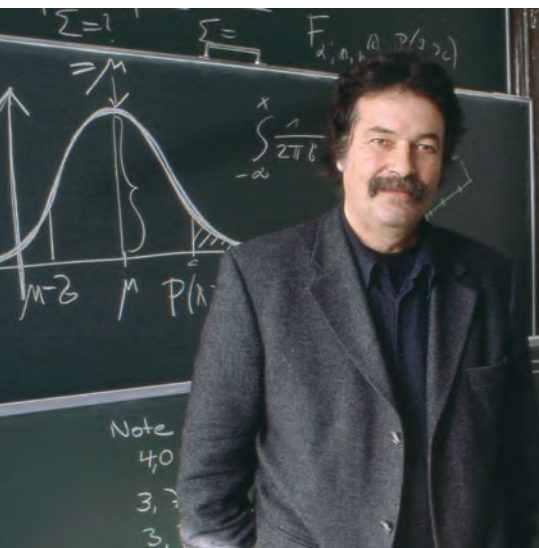
Internet: www.haus-rollator.de



Schulte Holzprodukte GmbH | Langenberger Str. 96 | 33397 Rietberg | NRW

Keine Angst vor der Killer-Kohle

Im Juli meldete die Tageschau, dass die Nutzung von Braunkohle laut einer neuen Studie in Europa fast 23.000 vorzeitige Todesfälle hervorruft. Ein weiterer Fall unnötiger Panikmache. Warum die meisten Risikostudien aus Sicht der Statistik grober Unfug sind ...



Kein Tag vergeht, ohne dass nicht irgendwo in der deutschen Medienlandschaft eine der vielen tausend Studien Wellen schlägt, die weltweit jährlich zu diversen Gesundheitsrisiken und -gefahren einer mal mehr, mal weniger überraschten Öffentlichkeit als wissenschaftliche Erkenntnisse angeeignet und von unseren mehrheitlich ökohörigen Medien dann auch bereitwillig verbreitet werden. Radfahren macht impotent, Herzinfarkt durch Mittagsschlaf (man wollte herausgefunden haben, dass eine Stunde regelmäßigen Mittagsschlafs das Herzinfarktrisiko für Männer um 50 Prozent erhöht), Vegetarier leben länger, Schokolade macht dünn, dicke Kinder sind doof, Kaffee beeinflusst Fruchtbarkeit (Frauen,

die mehr als fünf Tassen Kaffee täglich trinken, sollen 11 Prozent länger brauchen, um schwanger zu werden), mediterrane Kost senkt das Diabetes-Risiko, und so weiter und so fort.

Im Juli sorgte ein Bericht mehrerer Umweltorganisationen zur Gefahr durch Kohle für Furore. „22.900 vorzeitige Todesfälle durch Kohle in Europa“, titelte etwa ein grünes Energieportal im Internet. Am stärksten gefährdet seien die Polen, die durch ihre Kohlekraftwerke jährlich 5800 Mitmenschen vorzeitig verlören, gefolgt von Deutschland mit 4300 vorzeitigen Todesfällen. Und zwar sollen Kraftwerksemissionen insbesondere Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Schlaganfälle erzeugen. Auch die durch ihre energiepolitischen Falschmeldungen bekannte Tagesschau sowie das führende deutsche Panikmagazin, die Süddeutsche Zeitung, schlugen in die gleiche Kerbe ein.

In Wahrheit weiß natürlich niemand, wer oder was den Tod der 153.301 deutschen Männer und 201.184 deutschen Frauen, die etwa im Jahr 2013 an Herz-Kreislauf-Krankheiten verstorben sind, wirklich verschuldet hat. Oft war es das Rauchen, das fette Essen, der Alkohol oder der Mangel an Bewegung. Aber in den allermeisten Fällen war es wohl das Alter. Denn an irgendeiner Krankheit werden wir alle einmal sterben, da können die Umweltorganisationen protestieren, wie sie wollen.

Besonderer Aufmerksamkeit dürfen sich jene Studien sicher sein, die einer immer wieder erschrockenen Öffentlichkeit ein erhöhtes Risiko für Krebs verkünden. Bekannte Übeltäter der jüngeren Vergangenheit sind etwa Atomkraftwerke, Herbizide in der Landwirtschaft und rotes Fleisch. Die weltweit wohl renommierteste wissenschaftliche Fachzeitschrift Science hat einmal eine lange Liste solcher Krebs-Alarme einer gründlichen Analyse unterzogen. Diese betrafen neben den bekannten Verdächtigen auch Dinge wie elektromagnetische Felder (35 Prozent höheres Brustkrebsrisiko bei Frauen), alkoholhaltige Mundspülung (um 50 Prozent erhöhtes

Mundkrebsrisiko), Höhensonne (um 30 Prozent höheres Hautkrebsrisiko) oder den regelmäßigen Verzehr von Joghurt, der angeblich das Risiko von Eierstockkrebs bei Frauen verdoppeln soll.

In keinem einzigen dieser Fälle konnte das Studienergebnis durch unabhängige Nachfolgestudien bestätigt werden, es war jedes Mal ein Fehlalarm. In aller Regel hatte man eine wichtige weitere erklärende Variable vergessen, etwa die Info, ob die an Krebs erkrankte Person auch raucht. Und so ist auch eine Vielzahl anderer Studien zu angeblichen Gesundheitsrisiken wissenschaftlich nicht viel mehr als Schrott. Um das zu sehen, sollte man zunächst einmal derartige Studien nach ihrer Machart unterteilen. Da sind zunächst einmal kontrollierte Experimente: Eine Gruppe von Patienten erhält ein neues Medikament, eine Kontrollgruppe nicht. Idealerweise ist die Kontrollgruppe der behandelten Gruppe bezüglich Alter, Geschlecht und sonstiger soziodemografischer Merkmale maximal ähnlich; weder die behandelten noch die unbehandelten Patienten, noch die Ärzte wissen, zu welcher Gruppe wer gehört.

Verlässlicher Versuch

Das ist der Goldstandard: ein Doppelblindversuch. Was dabei herauskommt, ist in aller Regel verlässlich. Allein durch Zufall kann es vorkommen, dass auch ohne jeden Effekt die untersuchte Behandlung als überlegen aus dem Experiment herausgeht. Da heißt in der Statistik auch „Fehler 1. Art“: Man hat vermeintlich etwas gefunden, aber in Wahrheit ist nichts da. (Einen tatsächlich vorhandenen Effekt zu übersehen ist dagegen ein Fehler 2. Art.)

Dieser Fehler 1. Art ist in kontrollierten Experimenten aber beherrschbar und kein Problem. Probleme, und zwar riesige Probleme, treten mit wachsender Schärfe auf, je weiter man sich von diesem Goldstandard des Doppelblindversuchs entfernt. Und leider sind die allermeisten Studien, die in den Medien regelmäßig zu Panikattacken führen, sehr weit von Doppelblindversuchen weg. Der Standard sind sogenannte Beob-



Buchtipp:

Die Angst der Woche

Verblüffende Erkenntnisse über echte und eingebildete Gefahren ... schließlich verursachen sie

uns immer wieder schlaflose Nächte: Lebensmittelskandale werden aufgebauscht, gesundheitliche Risiken übertrieben, falsche Ängste geschürt. Wie können wir dieser Hysterie entkommen? Der Dortmunder Statistik-Experte weist einen (zudem unterhaltsamen) Weg zu einem mündigen Umgang mit der „Angst der Woche“.

Prof. Dr. Walter Krämer: Die Angst der Woche, Piper-Verlag, München 2012, ISBN 978-3-492-30184-8, € 9,99

schen sind. Es gibt in der Psychologie die sogenannte „Raucherpersönlichkeit“. Die würde selbst dann ein bis zwei Jahre früher sterben als ein Nichtraucher, wenn sie nie im Leben auch nur eine Zigarette raucht. Mit anderen Worten: Die acht bis zehn Jahre kürzere Lebenserwartung starker Raucher kann man nicht komplett dem Rauchen in die Schuhe schieben. Aber das sind Nebensächlichkeiten. Worauf es ankommt: Wenn Sie am Montag in der Zeitung lesen: „Schachspielen fördert Schlaganfall“, oder: „Alzheimer durch Kaffeesahne“, keine Panik. Fragen Sie erst mal nach, wie dieses Resultat gefunden worden ist. In aller Regel ist das nur ein zufälliges Artefakt einer schlampig ausgewerteten Statistik. ■

Der Autor: **Prof. Dr. Walter Krämer** ist Lehrstuhlinhaber für Wirtschafts- und Sozialstatistik an der Technischen Universität Dortmund. Gemeinsam mit dem Vizepräsidenten des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), Thomas Bauer, und dem Berliner Psychologen Gerd Gigerenzer, Direktor am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, hat Krämer im Jahre 2012 die Aktion „Unstatistik des Monats“ ins Leben gerufen.

achtungsstudien wie etwa die oben zitierten zur Gefahr durch Kohle oder eine, die zu der Schlagzeile „Kaffee verursacht Gelenkrheumatismus“ führte. Solche Beobachtungsstudien funktionieren wie folgt: Man hat zwei Gruppen von Menschen: die mit und die ohne Gelenkrheumatismus. Dann wird gefragt: Wie unterscheiden sich diese Menschen sonst noch? Antwort: Die mit Rheuma trinken öfter Kaffee. Ergo: Kaffee ist der Grund für Rheuma.

Es ist nur allzu klar, was hier für Trugschlüsse möglich sind. Vielleicht ist es ja gerade umgekehrt: Menschen mit Rheuma sind öfter in der Kälte und trinken deshalb öfter Kaffee. Oder anders ausgedrückt: Man unterscheidet nicht immer korrekt zwischen Korrelation und Kausalität. Das ist der mit Abstand häufigste Fehler in medizinischen und sonstigen Studien aller Art.

Ohne jede Kausalität?

Korrelation bedeutet: Zwei Variablen bewegen sich systematisch in dieselbe Richtung. Ein Beispiel bei Menschen sind die Körpergröße und das Gewicht: je größer, desto schwerer. Nicht in jedem Einzelfall, aber im Großen und Ganzen schon. Das ist positive Korrelation. Oder bei gebrauchten PKW das Alter und der Preis: Je älter, desto billiger. Das ist negative Korrelation. Und hier ist sogar ein Rückschluss auf die Kausalität erlaubt: Das Alter ist die Ursache für den Preis.

Aber viele Korrelationen entstehen auch ohne jede Kausalität. So existiert z. B. bei Männern eine hohe negative Korrelation zwischen dem Einkommen und der Anzahl der Haare auf dem Kopf: je weniger Haare, desto mehr Geld. Es nützt aber nichts, sich eine Glatze zu scheren, die Korrelation kommt deshalb zustande, weil bei vielen Männern mit wachsendem Lebensalter das Einkommen wächst und die Haare ausfallen.

In der Wissenschaftszeitschrift *Nature* war einmal ein auf ähnliche Argumente gründender Beweis zu lesen, dass zumindest in Deutschland doch der Klapperstorch die Kinder bringt: Die Korrelation von Stor-

chenbrutpaaren und Geburten erreichte in dem betrachteten Zeitraum in Deutschland fast das Maximum von 1. Und das reicht vielen Studien schon als Argument. Natürlich lieferte *Nature* den wahren Grund der Korrelation gleich mit: Einen in beiden Zeitreihen vorhandenen gleichläufigen Trend. Wann immer zwei Datenreihen beide steigen oder fallen, sind sie automatisch hoch positiv korreliert. So beobachtet man Deutschland auch eine hohe Korrelation zwischen den Belegungszahlen unserer Trinkerheilstätten und den Apfelsinenimporten aus Portugal. Also machen Apfelsinen uns zu Säufnern? Nein, beide Datenreihen sind seit dem Zweiten Weltkrieg angestiegen. Die Apfelsinenimporte, weil die Transporte immer billiger werden und wir uns immer mehr Apfelsinen leisten können, und die Kunden der Trinkerheilstätten, weil es immer mehr Trinkerheilstätten gibt und wohl auch immer mehr Bundesbürger deren Dienste nötig haben. Also sind weder die Apfelsinen der Grund für das Saufen, noch ist das Saufen der Grund für die gestiegenen Importe an Apfelsinen. Genauso wurden auch bei der Killerkohlen-Panik die Kraftwerksemissionen und die Todesfälle vergleichsweise geist- und gedankenlos gegenübergestellt. Und vielleicht sind auch tatsächlich erhöhte Kraftwerksemissionen für den einen oder anderen frühzeitigen Todesfall verantwortlich. Mangels erschöpfender Berücksichtigung weiterer Erklärungen (Blutdruck, Körpergewicht, unterschiedliche Ess- und Trinkgewohnheiten etwa) ist das aus den üblichen Umweltstudien aber nicht herauszulesen.

Dieses Übersehen von Alternativerklärungen gilt selbst für eine der wenigen unbestrittenen Erfolgsgeschichten der modernen Medizinistik: die Entdeckung, dass Rauchen Lungenkrebs erzeugt. Aber wer weiß denn schon, dass Raucher auch weitaus häufiger als Nichtraucher ermordet oder vom Bus überfahren werden? Und zwar aus demselben Grund, aus dem sie rauchen: weil sie risikofreudigere Men-



Noch hat die deutsche Politik keinen neuen Modus Operandi im Umgang mit Russland gefunden. Das derzeitige Motto lautet weiterhin Schadensbegrenzung.

Zur Zukunft der deutsch-russischen Beziehungen:

Mehr **Realismus** wagen

Wie weit die gegenwärtigen Vorstellungen auseinanderliegen, war zuletzt auf dem Petersburger Dialog im Juli zu spüren. Insbesondere die Auffassungen zu den Vorgängen in der Ukraine und Russlands diesbezügliche Rolle sind diametral verschieden und hängen wie ein Damoklesschwert über den bilateralen Beziehungen: Während Moskau die Annexion der Krim im März 2014 als strategisch notwendige und legitime Politik betrachtet, sieht Deutschland darin eine Verletzung des Völkerrechts und der Charta von Paris. Gleichzeitig wird die militärische Unterstützung der Separatisten im Donbass (Ostukraine) von Russland weiterhin geleugnet.

In der Tat werden sich diese Differenzen nicht einfach auflösen lassen. Eine gute Strategie muss deshalb zwischen verhandelbaren und vorerst nicht zu vereinbarenden Positionen unterscheiden. Zu Letzteren gehört der Status der Krim. Zwar gibt es Überlegungen, die eine Wiederholung des Referendums unter Aufsicht der OSZE oder Ausgleichszahlungen durch Moskau an die Ukraine vorsehen, doch diese sind

politisch nicht durchsetzbar. Es argumentiert jedoch realitätsfern, wer glaubt, Russland würde in dieser für das Land grundsätzlichen Frage jemals nachgeben. Die anhaltenden Debatten um die juristische und politische Bewertung der Annexion haben deshalb keinen Einfluss auf den Status quo.

Anders verhält es sich mit der Situation in der Ostukraine. Minsk II lautet das öffentliche Mantra der europäischen Politik. Doch kaum einer glaubt noch an die Umsetzung der Vereinbarungen vom Februar 2015. Russland verweist auf die Verantwortung Kiews zur Verfassungsänderung und sieht sich selbst nicht als Konfliktpartei. Kiew wiederum fordert zuvor die Rückgabe der Grenzkontrolle durch die sogenannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk. Gegenwärtig sind jedoch noch nicht einmal die wichtigsten ersten beiden Punkte des Dokuments erfüllt: ein Waffenstillstand und der vollständige Rückzug schwerer Waffen.

In beiden Fällen kommt es entscheidend auf Russland an. Manche glauben, dass nur

weiterer militärischer und wirtschaftlicher Druck Moskau zum Einlenken bewegen wird. Dem entgegen steht jedoch ein sich verstärkendes anti-westliches Feindbild im Inland, das von der historischen Vorstellung einer ausländischen Einkreisung und Bedrohung Russlands genährt wird. Es besteht deshalb die Gefahr, dass die russische Führung mangels Alternativen zu noch aggressiverem Auftreten und verhärtetere Positionen gezwungen sein wird, sollte der äußere Druck zunehmen. Dies liegt nicht im europäischen Interesse. Eine Deeskalation im Verhältnis zu Russland tut not. Der Abbau der bestehenden Wirtschafts- und Finanzsanktionen, der bisher noch an eine vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarungen geknüpft ist, sollte deshalb sequenziell an das Erreichen von Teilzielen angepasst werden.

Der Konflikt mit Russland in der Ukraine hat auch zu einer Wiederbelebung der NATO geführt. Bereits auf ihrem Gipfel in Wales im September 2014 hatten die Mitgliedsstaaten die Einrichtung einer schnellen Eingreiftruppe beschlossen. In War-

schau im Juni 2016 wurde nun entschieden, vier rotierende Bataillone, insgesamt 4000 Soldaten, im Baltikum und Polen zu stationieren. Deutschland hat diese Maßnahmen als Zeichen der Solidarität gegenüber unseren östlichen Bündnispartnern mitgetragen. Gleichzeitig hat Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier vor allzu radikaler Rhetorik sowie einer Verengung auf das Militärische im Verhältnis zu Russland gewarnt.

Dieser doppelte Ansatz ist richtig. Ohnehin besteht das Abschreckungspotenzial der NATO nicht in ein paar zusätzlichen Brigaden und Manövern im Baltikum, sondern in der nuklearen Garantie der USA gegenüber ihren Verbündeten und dem Versprechen des Bündnisfalls nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrags. Die gegenwärtigen zusätzlichen Maßnahmen der NATO taugen nicht zur wirksamen militärischen Abschreckung. Sie sind und bleiben eine Rückversicherung der Partner untereinander. Das weiß auch Russland. Genau deshalb gilt es die Einheit der Allianz zu betonen und dabei sachlich und nüchtern zu bleiben.

Aufgrund politischen Übereifers besteht jedoch weiterhin die Gefahr einer „Versicherheitlichung“ westlicher Außenpolitik gegenüber Russland. Die Wahrscheinlichkeit einer direkten militärischen Auseinandersetzung ist durch fehlende Kommunikations- und Kontrollwege sowie einen Mangel an Vertrauen wesentlich gestiegen. Vor diesem Hintergrund rückt das lange vernachlässigte Thema traditioneller Rüstungskontrolle wieder in den Fokus. Ebenso wichtig wäre es jedoch, ernsthaft den Sinn und Zweck der derzeitigen NATO-Raketenabwehrpläne in Rumänien und Polen zu debattieren. Diese bringen keine zusätzliche Sicherheit, belasten aber das Verhältnis zu Moskau unnötig.

Manchen gilt Russland jedoch bereits heute als entschiedener Gegner des Westens. Als Beleg gelten ihnen, neben der Ukraine, die Verbindungen Moskaus mit hiesigen, rechtspopulistischen Parteien, die teilweise aggressive Rhetorik im russischen Staatsfernsehen und das militärische Eingreifen des Landes in den syrischen Bürgerkrieg auf Seiten Präsident Assads. Die innenpolitischen Entwicklungen werden ebenfalls mit Sorge betrachtet. So müssen sich russische NGOs, die politisch aktiv sind und Gelder aus dem Ausland erhalten, seit 2012 als „ausländische Agenten“ registrieren lassen. Angesichts bestehender Vorur-

teile bedeutet dies eine Stigmatisierung großer Teile der liberalen Zivilgesellschaft. Seit Mai 2015 ist es außerdem möglich, ausländische und internationale Organisationen für unerwünscht zu erklären und aufzulösen. Zuletzt wurde im Rahmen der Terrorismusbekämpfung die Gesetzesgrundlage für eine umfangreiche Vorratsdatenspeicherung geschaffen.

Zweifellos widersprechen diese Entwicklungen und der sie begleitende nationalistische Konservatismus unseren politischen Interessen. Doch ein nicht-westliches Russland muss kein anti-westliches Russland sein. Die Aufgabe der deutschen Außenpolitik ist es deshalb, die Rahmenbe-

„Die Wahrscheinlichkeit einer direkten militärischen Auseinandersetzung ist durch fehlende Kommunikations- und Kontrollwege sowie einen Mangel an Vertrauen wesentlich gestiegen.“

dingungen für den sukzessiven Abbau von Ressentiments und Vorurteilen in Russland herzustellen. Dazu gehören die Vereinfachung der derzeit bestehenden Visaregelungen und die damit im Zusammenhang stehende Intensivierung des Jugendaustauschs. Internationale Krisen, die vor allem auf Entscheidungen von Eliten beruhen, sollten nicht dazu benutzt werden, ganze Völker als Geisel zu nehmen und den gesellschaftlichen Austausch zu erschweren.

Langfristig wird sich das europäisch-russische Verhältnis daran entscheiden, ob es gelingt, das Aufeinandertreffen von unterschiedlichen Interessen als Normalität zu begreifen, anstatt diese unnötig zu dramatisieren. Dazu gehört auch, über den eigenen Schatten zu springen und die Wünsche des Anderen als legitime Vorschläge gelten zu lassen. Manche Stimmen in Moskau, darunter der ehemalige Vorsitzende des einflussreichen Rates für Außen- und Verteidigungspolitik, Sergei Karaganov, nehmen bereits gänzlich von einer Integration Russlands in europäische Strukturen Abstand und sehen das Land als dezidiert eurasische Macht. Ob dies jedoch

auch eine politische Realität wird, hängt nicht nur vom Status der EU-Russland-Beziehungen ab, sondern entscheidet sich vor allem in der Vereinbarkeit russischer und chinesischer Ordnungsvorstellungen sowie der Entwicklung der Eurasischen Wirtschaftsunion.

Das Dilemma des europäischen Weges Russlands hingegen besteht in der scheinbaren Unmöglichkeit, die Identität Russlands als souveräne Großmacht mit einem Platz innerhalb der weiterhin transatlantisch geprägten Sicherheitsarchitektur zu vereinbaren. Mit anderen Worten: Die sicherheitspolitische Integration Russlands in Europa würde langfristig die Aufwertung von europäischen Strukturen bei gleichzeitiger Abschwächung der US-amerikanischen Rolle darin zur Folge haben. Dass ein solches Szenario jedoch auch gegenwärtig nicht unmöglich scheint, belegen die Aussagen von US-Präsidentschaftskandidat Donald Trump. Sein Aufruf zu einer ausgeglichenen Lastenverteilung innerhalb der NATO und einer realpolitischen Zusammenarbeit mit anderen Großmächten, darunter Russland, ist durchaus keine Einzelmeinung innerhalb der amerikanischen Elite.

Überhastete Aktionen und rhetorische Paukenschläge gehören nicht zum Wesen deutscher Außenpolitik. Wir dürfen uns deshalb nicht zum Fürsprecher gleich welcher Partikularinteressen machen lassen. Was wir hingegen brauchen, sind Zurückhaltung und Besonnenheit, bei gleichzeitiger Konzentration auf das Wesentliche: Stabilität und Frieden in Europa. Genauso wie wir deshalb bei NATO-Partnern und EU-Staaten für einen weiteren Dialog mit Russland werben, so müssen wir der russischen politischen Elite klarmachen, dass es im Kontext der EU keine deutsch-russischen Sonderbeziehungen geben kann. Nur wenn beides gelingt, wird Deutschland seiner Verantwortung für Europa gerecht. ■

Der Autor: **Alexander Graef** ist Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Universität St. Gallen. 2016 nahm er als Junger Teilnehmer am 15. Petersburger Dialog teil.



AUS DER SENIOREN-UNION

16. Bundesdelegiertenversammlung: Professor Wulff tritt wieder an

Am 6. und 7. Oktober 2016 wird unter dem Motto „Zukunft braucht Erfahrung“ im Maritim Hotel in Magdeburg die 16. Bundesdelegiertenversammlung stattfinden. Die Programmpunkte am Donnerstag, dem 6. Oktober, sind die Neuwahlen des Bundesvorstandes, bei denen der langjährige Bundesvorsitzende Prof. Dr. Otto Wulff erneut zur Wiederwahl antritt, der Beginn der Antragsberatungen und Reden aus der prominenten CDU-Spitze. Der Magdeburger Abend mit allen Delegierten und Gästen vervollständigt den ersten Sitzungstag. Am Freitagvormittag, 7. Oktober, werden die Antragsberatungen sowie

Redebeiträge fortgesetzt. Als besonderes Highlight kann die Bundeskanzlerin und Bundesvorsitzende der CDU, Dr. Angela Merkel, begrüßen. Programmatisch geht es auch um Grundsätzliches. So richtet der Bundesvorstand einen Antrag an die 16. Bundesdelegiertenversammlung, mit dem die Ausarbeitung eines Grundsatzprogramms beschlossen werden soll. Darüber hinaus stehen neben den regulären Sachanträgen auch Satzungsänderungsanträge zur Beratung, die insbesondere ihren Blick auf die Mitgliedschaft richten.

Wie im Jahr 2014 in Schwerin wird auch

die diesjährige 16. Bundesdelegiertenversammlung mit einer hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion ergänzt. Unter der Moderation von Friedhelm Ost diskutieren u.a. Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz, Roland Pofalla und Dr. Vladislav Belov das Thema: „Perspektiven des deutsch-russischen Verhältnisses im europäischen Kontext“. Der Veranstaltungsort, das Maritim Hotel Magdeburg, liegt im Zentrum der Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts, ist verkehrsgünstig gelegen und nur 200 m vom Hauptbahnhof entfernt. Die gesamte 16. Bundesdelegiertenversammlung wird hier stattfinden. ■



Nachruf: Ulrich Braun,

Jahrgang 1924, Ehrenmitglied des Bundesvorstandes, ist am 18. Juli 2016 in seiner Heimatstadt Eberswalde verstorben und dort unter Teilnahme vieler Weggefährten zur letzten

Ruhe gebettet worden. Er hatte am 18. April 1990 mit Gleichgesinnten die Senioren-Union in der DDR gegründet und wurde am 21. September 1990 Vorsitzender des soeben gegründeten Landesverbandes Brandenburg. Als sich im Dezember 1990 in Bonn der Bundesverband des geeinten Deutschlands konstituierte, wurde Ulrich Braun Stellv. Bundesvorsitzender für die ost-

deutschen Länder. Dieses Amt bekleidete er bis 1994; seitdem war er Ehrenmitglied des Bundesvorstandes. Auch in Brandenburg wurde ihm 1994 der Ehrenvorsitz auf Lebenszeit übertragen. In Wort und Tat – dabei stets auf Toleranz, Verständigung und Aussöhnung setzend – strebte er nach der „Einheit in den Köpfen“. Ulrich Braun bleibt im Gedächtnis als ein leidenschaftlicher Brückenbauer, der nicht müde wurde, manchen Enttäuschungen zum Trotz seine Mitbürger zu ehrenamtlichem Engagement zu ermuntern. Als Ausdruck seiner Wertschätzung wurde Ulrich Braun 1998 das Bundesverdienstkreuz verliehen. Sein Brandenburger Landesverband zeichnete ihn 2002 als Ersten mit der „Ehrenurkunde für Verdienste um die Deutsche Einheit“ aus. UW



Landesvorstand der Senioren-Union Saar (Quelle: Senioren-Union Saar)

Senioren-Union Saar:

Günther Schwarz bestätigt

Günther Schwarz bleibt Landesvorsitzender der Senioren-Union Saar. Bei einer Delegiertenversammlung am 23. Juni in der Aula in Sulzbach wurde er mit einem Ergebnis von 90 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Der 74-jährige St. Ingberter steht seit 2008 an der Spitze der CDU-Vereinigung.

Der Gastredner der Versammlung, der stellvertretende Vorsitzende der CDU Saar, Landtagspräsident Klaus Meiser, würdigte die Senioren-Union als wichtige Vereinigung innerhalb der CDU. „Die Senioren-Union leistet einen wichtigen Beitrag für unsere Partei, vor allem mit ihrer Erfahrung und ihrem Wissen trägt diese Generation zum politischen Dialog bei“, so Klaus Meiser. Unterstützt wird Günther Schwarz künftig von dem stellvertretenden Lan-

desvorsitzenden und politischen Geschäftsführer Manfred Maurer (Saarbrücken-Land), den Stellvertretern Eva-Maria Dorscheid (Saarbrücken-Stadt) und Horst Schneider (St. Wendel). Schatzmeister bleibt Hubert J. Saub (Saarbrücken-Stadt). Komplettiert wird der Vorstand durch die Beisitzer: Ingrid Becker (Saarbrücken-Stadt), Hans Joachim Hary (Saarbrücken-Stadt), Brunhilde Jungbluth (Neunkirchen), Berthold Kasper (Saarlouis), Otto Kempf (Saarpfalz), Gerhard Lauck (St. Wendel), Peter Lorenz (St. Wendel), Manfred Ludwig (Merzig-Wadern), Josef Preßmann (Saarpfalz), Ingrid Rauber (Saarbrücken-Land), Clemens Salz (Saarlouis), Heinz Schöndorf (Saarpfalz) und Werner Wilhelm (St. Wendel). ■



Wahlkampf beim
Stadtverband Bückeburg



Politischer Vormittag mit Verleihung der
SU-Ehrenurkunde in Großefehn-Holtrop



„Union der Generationen“ mit Senioren-
Union, Junge Union und Frauen Union im
schönen Jever/Ostfriesland. V.l. neben
Prof. Wulff: Christel Bartelmei, Kreisvorsit-
zende der CDU Friesland, Josef Kuhlmann,
Landesvorsitzender der Jungen Union Ol-
denburg, Rainer Hajek, Landesvorsitzender
der Senioren-Union Niedersachsen

Kommunalwahl in Niedersachsen:

Senioren-Union im Wahlkampfgetümmel

Zwischen Cuxhaven und Hannoversch-Münden, zwischen Ems- und Wendland waren die Wähler am 11. September gefordert, in ganz Niedersachsen für die kommenden fünf Jahre ihre Vertreter in Gemeinderäten, Rathäusern und Kreisverwaltungen zu bestimmen. Die CDU hatte Anfang August u.a. eine Kampagne zur Mobilisierung noch unentschlossener Wähler gestartet, auf ihrem Landesparteitag am 13. August in Hildesheim läutete sie dann die heiße Phase des Wahlkampfes ein (die Ergebnisse der Wahl lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor).

Auch der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Prof. Dr. Otto Wulff, kämpfte wie gewohnt engagiert für CDU-Mehrheiten in den Rathäusern. Von der Küste bis zum Harz redete er auf zahlreichen Wahlkampfveranstaltungen der Partei, oft auch unter Einbeziehung von Junger Union und Frauen Union. Hier einige Impressionen ...



Wahlkampfveranstaltung im Berentzen-Hof
„Alte Abfüllung“ in Haselünne an der Ems



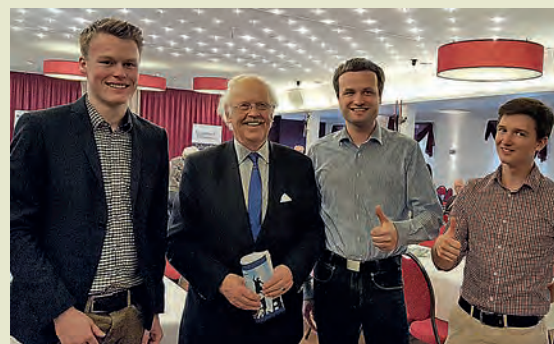
Politischer Nachmittag der Senioren-Union
und der CDU Ammerland in Bad Zwischen-
ahn mit den Bundestagskandidaten Stefan
Albani MdB und Barbara Woltmann MdB



An dieser traurigen Stätte ist das
Lied der Moorsoldaten entstanden:
Besuch der Stiftung Gedenkstätte
Esterwegen unter Führung der Lei-
terin der Gedenkstätte, Dr. Andrea
Kaltfofen. Eintrag ins Ehrenbuch der
Gedenkstätte Esterwegen



Eintrag ins Goldene Buch der Stadt
Haselünne im Beisein von Bürgermeister
Werner Schräer



Union der Generationen in Kirchhatten
(Hatten) anlässlich der Mitgliederversamm-
lung des Kreisverbandes Oldenburg-Land



Bundesvorstandssitzung im Juni 2016:

Klartext zur Sicherheitslage

Rainer Wendt, Vorsitzender der Polizeigewerkschaft, ist für markige Formulierungen bekannt. Zuletzt ging er mit der Grünen-Politikerin Renate Künast hart ins Gericht, die nach einem Axt-Angriff in einem Regionalzug bei Würzburg getwittert hatte, es sei ihr unverständlich, warum die Polizei den Attentäter nicht nur kampfunfähig gemacht hätte. Wendt reagierte darauf mit dem harschen Satz: „Es ist unerträglich, wenn Politiker wie Frau Künast erklären wollen, wie ein Polizeieinsatz verlaufen muss. ... Da brauchen wir die parlamentarischen Klugscheißer überhaupt nicht.“

Auch als Gast des Bundesvorstands der

Senioren-Union ging Wendt engagiert und mitreißend auf die Probleme der Polizei und der Justiz ein. Insbesondere auf den Personalmangel, die nicht auf die aktuell brisante Situation abgestimmte Ausrüstung, die überlastete Justiz und die Problematik, die Polizeikräfte trotz Dauerbelastung motiviert zu halten. Die Polizei verzeichne einen ständig steigenden „Auftragseingang“, der längst nicht in allen Fällen durch ausreichende Ressourcen abgedeckt ist. Wendt verwies hier neben den neuen Herausforderungen durch den Terrorismus auch auf die ansteigende Frequenz der Wohnungseinbrüche und die Flüchtlingsproblematik, drei Faktoren, die

zu einem Kontrollverlust geführt hätten. Die Behörden seien zu unterbesetzt, um diesen Aufgaben nachzukommen. „Wir brauchen wieder einen stärkeren Staat, der seine Autorität auch durchsetzen kann“, forderte Wendt, das sei beste Abschreckung und Prävention zugleich. Es folgte eine ausführliche Diskussion mit dem Ergebnis, dass die Senioren-Union konstruktive Vorschläge erarbeiten will, wie der veränderten Sicherheitslage zu begegnen ist. Da Polizei Ländersache ist, will Wendt dabei mithelfen, entsprechende Forderungen bzw. Formulierungen für die jeweiligen Bundesländer zu erarbeiten.

Studie Deutscher Alterssurvey:

Bild des Alters hat sich positiv gewandelt

Kürzlich wurden die Ergebnisse des vierten repräsentativen Deutschen Alterssurveys veröffentlicht, mit dem in regelmäßigen Abständen die Lebenssituation und -entwicklung älterer Menschen untersucht wird. Die Ergebnisse dieser Studie können uns alle optimistisch stimmen: Die Mehrheit der älteren Menschen ist zufrieden, bei guter Gesundheit und kann sich auf die Unterstützung von Familie und Freunden verlassen. Vor allem hat sich das Bild vom Alter über die Jahre zum Positiven gewandelt.

Erfreulich ist, dass der Anteil der älteren Erwerbstätigen deutlich zugenommen hat. In der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen zeigt sich dies mit einem Anstieg von 20 Prozent am deutlichsten. Dabei handelt es sich überwiegend nicht um Menschen, die aus wirtschaftlicher Not arbeiten müssen, sondern um ältere Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmer, die gerne arbeiten möchten und – dies zeigt der Alterssurvey ebenso – sich den Anforderungen, die der Beruf an sie stellt, genauso gewachsen fühlen, wie jüngere Arbeitnehmer. Darüber hinaus engagieren sich viele Ältere bei der Betreuung ihrer Enkelkinder oder der Unterstützung eines gesundheitlich eingeschränkten Familienmitglieds. Die Vereinbarkeit von Beruf und Fürsorgetätigkeiten gelingt dabei zunehmend besser.

Auch hat die Studie ergeben, dass ältere Menschen nicht in besonderem Maße von Armut betroffen sind. Es ist laut Alterssurvey in diesem Bereich „keine besorgniserregende Entwicklung“ zu beobachten. In Bezug auf ihr soziales Umfeld kann festgehalten werden, dass drei Viertel der älteren Menschen ihr Wohnumfeld als ausreichend mit Einkaufsmöglichkeiten und ärztlicher Versorgung abgedeckt empfin-

den sowie gut an den öffentlichen Personenverkehr angeschlossen sind.

Der vierte Deutsche Alterssurvey zeigt insgesamt eine positive Entwicklung der Lebenssituation älterer Menschen. Wir als Senioren-Union werden weiterhin dazu beitragen, dass sich diese Entwicklungen in der kommenden Zeit und für zukünftige Generationen fortsetzen. Wir dürfen hierbei allerdings die Menschen nicht vergessen, für die dieser positive Trend nicht gilt. Auch hier werden wir uns für weitere Verbesserungen einsetzen.

Alfons Gerling, stv. Bundesvorsitzender der Senioren-Union



ESU hält Kurs!

Unter dem Motto „Europa darf nicht scheitern!“ versammelten sich in Wien Anfang Juli an die 50 leitenden Persönlichkeiten von Seniorenverbänden aus 22 Ländern. Im Zusammenwirken von ESU, Österreichischem Seniorenbund (ÖSB), dem Martens-Center und der Politischen Akademie der Österreichischen Volkspartei bot die nunmehr bereits 7. „Sommerakademie“ den Rahmen der lebhaften Erörterung des nach dem Brexit noch brisanteren Themas. Eine von der Konferenz verabschiedete Resolution bekräftigt die Verantwortung der Senioren für die gesellschaftliche Entwicklung auch über die Staatsgrenzen hinaus. (Wortlaut: www.esu-epp.eu/ Newsletter Nr. 135; Konferenzbericht von Claus Bernhold: ebenda – Nr. 136.)

Bereits 1996 hatte sich die ESU anlässlich ihres 1. Kongresses in Wien in einer Erklärung zur Einigung Europas als „der besten Basis für Frieden und Wohlstand“ bekannt und zur Mitgestaltung der EVP verpflichtet. Was ein Jahr nach ESU-Gründung formuliert wurde, bleibt trotz und zugleich wegen der schwierigeren Situation unserer Tage oberstes Ziel der Europäischen Senioren Union.

Zuwachs aus den Niederlanden

In Wien wurde der Seniorenverband des „Christlich Demokratischen Appells /CDA“ (Kürzel: „CDA-S“) aus den Niederlanden in die ESU als Mitglied aufgenommen. Unter dem Beifall des Präsidiums und Exekutivkomitees sowie weiterer Akademie-Teilnehmer hat ESU-Präsidentin An Hermans die

CDA-S-Delegierten herzlich begrüßt und sie zu der Entscheidung ihrer Organisation beglückwünscht. Über mehrere Jahre hatte der Verband in der ESU den Status eines Beobachters inne.

Laut Website (<http://www.cda.nl/senioren>) hat der Seniorenverband seit dem 8. Juli mit Reginald Visser einen neuen Vorsitzenden. Er löste Gijp van Soest ab, der drei Jahre lang an der Spitze stand. Der Seniorenverband ist in 13 Regionen und damit im ganzen Land präsent. Die „Mutterpartei“ der Seniorenorganisation, CDA, besteht seit 1980 und ist mit etwa 59 000 Anhängern die mitgliederstärkste politische Partei; allerdings verfügt sie derzeit in der Zweiten Kammer nur über 13 von 150 Sitzen und ist in der Opposition.

Erstmals „Brandenburger Freiheitspreis“

Der vom Domstift Brandenburg an der Havel gestiftete „Brandenburger Freiheitspreis“ geht 2016 nach Cottbus. Wie Dechant Prof. Dr. Wolfgang Huber, ehemals EKD-Ratspräsident, vor Ort mitteilte, wird damit das beispiellose Wirken des „Menschenrechtszentrums e.V.“ gewürdigt. Der Verein wurde 2007 gegründet; ihm gehören mehrheitlich ehemalige politische Gefangene des einstigen Zuchthauses Cottbus an, aber auch Bürger – wie drei Mitglieder der örtlichen Senioren-Union –, die die politische Bildungsarbeit aus christlicher Verantwortung fördern wollen. Das ehemalige Gefängnisareal befindet sich – was deutschlandweit einmalig ist – im Eigentum des Vereins. Das heißt: Häftlinge kauften ihr Gefängnis! Die erstmalige Verleihung des Freiheitspreises ist im Rahmen eines Festaktes im 850-jährigen Dom zu Brandenburg für den 12. Oktober, 17 Uhr, vorgesehen.

Mahnung zu Frieden und Einheit

In Grenznähe zwischen Deutschland und Tschechien erinnern zwei Gedenkstätten an historische Begebenheiten. Auf dem Großen Fichtelberg bei Oberwiesenthal (1214 m NN) wird sonn- und feiertags eine Glocke geläutet, die „Symbol des Vereinten Europas“ ist und der Inschrift am Glockenstuhl



Die Glocke auf dem Fichtelberg mahnt zum Frieden

zufolge die „Erinnerung an Friedliche Revolution und Wiedervereinigung“ wachhalten will. Die 1920 in Wetzlar gegossene Glocke wurde auf Initiative des Türmers der Stadt Schwarzenberg/Erzgebirge hierhergebracht; sie wiegt 1600 kg und ist am 3. Oktober 2000 erstmals erklingen. Es sei ein „Ruf nach Frieden in den Familien, im Land, in den Kommunen, in Europa, in den Herzen“, heißt es auf der Tafel.

Ein paar hundert Meter ostwärts, haarscharf an der sächsischen Grenze zu Böhmen bei Bozi Dar / Gottesgab, trafen sich im Mai 2004 die Bürgermeister von sechs deutschen Erzgebirgsdörfern und setzten einen Findling, der von sechs Bäumchen umgeben ist. Der Anlass: die Aufnahme der benachbarten Tschechischen Republik in die Europäische Union.

ESU-Termine

Die flämische Provinzhauptstadt Leuven / Löwen ist vom 4. bis 5. November Austragungsstätte für den Wahlkongress der ESU. Dazu werden auch Delegierte aus allen deutschen Bundesländern erwartet. Zuvor findet am 21. und 22. Oktober in Ljubljana eine Regionalkonferenz statt. Damit ist die ESU zum ersten Mal in ihrer 21-jährigen Geschichte in Slowenien mit einer Tagung zu Gast. Die Vorbereitung wird von den drei Seniorenorganisationen getragen, die der ESU angehören.

Texte und Fotos: Ulrich Winz

Gedenkstein: „Tschechien kommt in die EU“



Augenkorrektur schenkt **Lebensqualität**



Wir werden immer älter – nicht zuletzt dank der modernen Medizin. Sie ermöglicht es uns, in vielen Bereichen auch im Alter ein hohes Maß an Lebensqualität zu erhalten. Einerseits ist es die immer bessere Vorsorge, andererseits unterstützt innovative Technik in vielen Fällen da, wo unser Körper mit den Jahren abbaut. Bestes Beispiel hierfür ist die Alterssichtigkeit, auch Presbyopie genannt, eine Folge des natürlichen Alterungsprozesses. Vereinfacht ausgedrückt verliert die Augenlinse mit der Zeit die Fähigkeit, ihre Form so zu verändern, dass Gegenstände fokussiert werden können. Der Grund sind Ablagerungen, die die Elastizität der Linse einschränken. Man merkt es meist daran, dass das Sehen anstrengt und die Augen müde werden. Wenn man dann noch Schwierigkeiten im Nahbereich oder bei wenig Licht hat, kleine Gegenstände oder Kleingedrucktes immer schlechter erkennt, leidet man vermutlich unter der Alterssichtigkeit. Wobei die Definition von „alt“ hier relativ ist: Schon ab Mitte 40 setzt die Presbyopie ein. Meist geht es dann ziemlich schnell nicht mehr ohne Lesebrille oder multifokale Kontaktlinsen. Weltweit haben nahezu 1,7 Milliarden Menschen Sehbeeinträchtigungen aufgrund einer Alterssichtigkeit. Und mit dem demografischen Wandel könnte diese Zahl allein bis 2020 auf über zwei Milliarden ansteigen.

Mit zunehmendem Alter verlieren wir an Sehkraft. Doch dank moderner Intraokularlinsen (IOL) müssen altersbedingte Sehschwächen oder auch ein Grauer Star niemanden mehr einschränken.



Die neue PanOptix® Linse von Alcon® ermöglicht Patienten in der Regel wieder eine klare und scharfe Sicht in alle Entfernungen.
www.panoptix-iol.de

Interessanterweise suchen nur wenige Menschen bei Veränderungen ihres Sehvermögens auch einen Augenarzt auf. Dabei wäre eine Korrektur mittels Lesebrille oder multifokalen Kontaktlinsen möglich und selbst ein chirurgischer Eingriff kann eine sinnvolle Lösung sein.

An Morgen denken

Ein chirurgischer Eingriff bei Alterssichtigkeit ist aber schon ziemlich drastisch, mag man jetzt denken. Das Problem: Es bleibt nicht bei der Alterssichtigkeit. Verliert die Linse erst einmal an Elastizität, kommt es im späteren Verlauf zu einer fortschreitenden Eintrübung der natürlichen Linse. Der Graue Star, auch Katarakt genannt, entwickelt sich. Meist beginnt die Eintrübung unbemerkt, verstärkt sich aber im Laufe der Zeit und kann unbehandelt sogar zur Erblindung führen. „Bei den meisten Menschen treten mit Mitte 40 die Presbyopie und später mit Mitte 60 eine Katarakt auf und beeinträchtigen so die Qualität des Sehvermögens“, erklärt Prof. Dr. med. Thomas Kohnen, Direktor der Augenklinik der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Der Graue Star ist nicht nur die häufigste altersbedingte Augenerkrankung, sondern auch die häufigste Ursache für eine Erblindung, die vermeidbar wäre. „Während bei der altersbedingten Nahsehschwäche das Tragen einer Lese- oder Gleitsichtbrille für klare Sicht in alle Entfernungen sorgt, kann der Graue Star nur durch einen operativen Eingriff behoben werden. Die getrübbte, natürliche Linse wird durch eine künstliche Intraokularlinse (IOL) ersetzt“, so Prof. Kohnen weiter. Die Intraokularlinse bleibt



dauerhaft im Auge und ihre Aufgabe – ähnlich der Funktionsweise der natürlichen Augenlinse – besteht darin, das einfallende Licht gebündelt auf die Netzhaut zu richten, damit ein scharfes Bild entsteht.

Eine IOL ist aber nicht nur für den Grauen Star eine Option wie Prof. Kohnen weiter ausführt: „Die neue PanOptix® Linse von Alcon® ermöglicht Patienten wieder eine klare und scharfe Sicht in alle Entfernungen, also beim Lesen, Autofahren und am Computer. Mit nur einer Operation wird die Altersnahsehschwäche in der Regel beseitigt und einem Grauen Star vorgebeugt. Die PanOptix® IOL wird auch bei Grauem Star eingesetzt und kann so eine Gleitsichtbrille ersetzen.“

Kosteneffizient und effektiv

Fürchten muss sich vor so einem Eingriff niemand. Denn mittlerweile werden nach Schätzungen jedes Jahr weltweit über 20 Millionen Graue Star Operationen durchgeführt. Und auch diese Zahl wird sich bis 2020 auf etwa 32 Millionen erhöhen. Zum

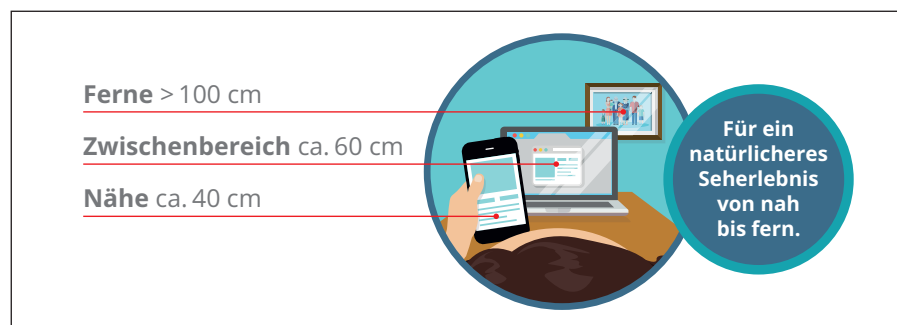
einen, weil diese Operation zu den kosteneffektivsten Eingriffen im Gesundheitswesen zählt. Zum anderen, weil mehr als 98 Prozent der Patienten nach der Operation tatsächlich wieder besser sehen.

Insbesondere nach Implantation einer multifokalen Linse, wie der PanOptix® IOL, müssen sich die Augen und auch das Gehirn in den ersten zwei bis vier Monaten nach der OP an den Seheindruck mit den neuen Linsen gewöhnen. Während dieser Zeit sollte ein Augenarzt die Fortschritte, aber auch die speziellen Gegebenheiten wie weitere Augenleiden, genau beobachten. Grundsätzlich sind Probleme nach einer Grauen Star Operation jedoch selten – nicht zuletzt auch dank der innovativen PanOptix® IOL von Alcon®. Trotzdem sollte vor der Implantation einer multifokalen IOL der Chirurg eine sorgfältige Voruntersuchung durchführen und anhand seiner klinischen Erfahrungen ein Nutzen/Risiko Verhältnis bestimmen. Die PanOptix® wird wie alle IOL aus der AcrySof® Produktfamilie aus flexiblem hydrophoben Acrylat hergestellt. Und dank dieses faltba-

Alcon®, Weltmarktführer in der Augenheilkunde, bietet innovative Produkte für besseres Sehen, die Menschen auf der ganzen Welt zu mehr Lebensqualität verhelfen. 1945 in Fort Worth, Texas, gegründet, vertreibt Alcon® seine Produkte heute in 180 Ländern mit über 25.000 Mitarbeitern.
www.de.alcon.com

ren Linsenmaterials sind für ihr Einsetzen nur kleine Schnitte nötig, die in der Regel nach der Operation nicht genäht werden müssen. Außerdem bieten die AcrySof® IOL eine sehr gute Leistungsfähigkeit und übertragen das Licht wie eine natürliche Augenlinse. Verschiedene Modelle sorgen außerdem dafür, dass die häufigsten Brechungsfehler wie Kurz- und Weitsichtigkeit, auch Myopie und Hyperopie genannt, oder Astigmatismus, die Hornhautverkrümmung, korrigiert werden können.

„Intraokularlinsen der AcrySof® Produktfamilie genießen hohes Vertrauen und wurden seit 1994 weltweit mehr als 85 Millionen Mal implantiert. Ihre Sicherheit und Zuverlässigkeit ist vielfach nachgewiesen“, führt Dr. Steffen Wagner, Area Vice President, Emerging Growth Markets Alcon®, aus. „Die AcrySof® IQ PanOptix® ist eine wichtige Ergänzung unseres Portfolios, die Patienten ein komfortables Sehvermögen für den Nah-, Intermediär- und Fernbereich bietet, damit sie unabhängig von Sehhilfen sind.“ ■



Hohe Sehleistung von nah bis fern mit der AcrySof® IQ PanOptix® IOL



Sie haben das Wort ...

Ihre Meinung zu den Artikeln in Souverän interessiert uns.
Bitte schreiben Sie uns:

**Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Leserbriefe
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin**

Die Redaktion behält sich vor,
Leserbriefe sinngemäß zu kürzen.

Zur Souverän 2015/2016

Danke für die immer ausführlichen Berichte und Informationen sowie die sachlichen Leserbriefe.

Josef Olbrich, 63150 Heusenstamm

Was wird der Flüchtlingsstrom langfristig kosten?

Zur Souverän 1-2016, S. 11

Wie kam es zu den Bürgerkriegen und der Völkerwanderung, die wir jetzt erleben? Die entscheidenden Ursachen waren gewiss die zerfallenen staatlichen Strukturen in Afrika und im Nahen Orient. Das stimmt, aber wie kam es zu diesem Zerfall? In den Herkunftsländern der Flüchtlinge herrschten vorher mächtige Familien oder Offizierskliquen, die auf Kosten des Volkes in Saus und Braus lebten und jeden Widerstand brutal niederschlugen. Es gab auch mächtige Stämme und religiöse Konfessionen, die andere Stämme und Konfessionen wirtschaftlich und politisch unterdrückten, weil sie sich für die wertvolleren Menschen hielten. Diese Benachteiligungen haben die davon Betroffenen lange zähneknirschend erduldet und von späterer Rache geträumt. Dann brach der „arabische Frühling“ aus, und die Mächtigen wurden in einigen Ländern durch Volksaufstände vertrieben. Aber aus dem arabischen Frühling wurde ein arabischer Winter. Denn kaum waren die Tyrannen weg, fielen die von ihnen beherrschten Volksgruppen übereinander her. Sie konnten ihren lange aufgestauten, gegenseitigen Hass endlich austoben. Die Rache zwischen den Stämmen zerstörte Städte und Dörfer. Ganze Völker wurden in die Flucht getrieben. ... Warum haben sich die Völker gegen ihre Herrscher erhoben? Was

erhofften sie sich? Man sagt zwar, die Rebellen richteten sich gegen die undemokratischen Strukturen in ihren Ländern, gegen die Alleinherrschaft ihrer Herrscher. Aber für die Masse der Aufständischen war es egal, ob ein Diktator oder ein Parlament die oberste Staatsgewalt hat. Diese Menschen kämpften gegen ihren Diktator, weil sie glaubten, sie würden durch einen Erfolg mehr Arbeitsplätze und mehr Wohlstand bekommen. ... Sie wurden von Anführern geführt, die verkündeten, es würde allen besser gehen, sobald man die Herrschenden vertrieben hat. Das glaubten ihnen die Menschen gerne. Denn den meisten ging es nicht gut. Sie hofften daher auf Verbesserung ihrer Lage. Wenn alle genug zum Leben gehabt hätten, dann wären die Aufstände klein geblieben und bald verlöscht. Die Rebellen glaubten also vor den Aufständen, Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Not seien das Werk der damals herrschenden Mächte. Also: weg damit! Aber daran lag und liegt es nicht. Die wirtschaftliche Krise war unabhängig davon, wer oben regierte. Die Ursache war und ist die Überbevölkerung!

In Syrien hatte eine Familie vor dem Aufstand im Durchschnitt sieben Kinder. Die konnten nicht alle produktiv beschäftigt werden. Deshalb zogen viele vom Dorf in die Stadt und lebten dort in Slums von der Unterstützung ihrer zurückgebliebenen Angehörigen. Die syrische Regierung versuchte vergeblich, gegen die Krise anzugehen. Auch eine Reform unter Haffiz al Assad half nicht. Die Not stieg immer weiter. Auch in anderen Ländern des Orients und in Afrika führte die Überbevölkerung zu wirtschaftlichen Krisen und damit zu Unzufriedenheit und Aufständen. Zum Beispiel stieg in Algerien die Bevölkerung in nur einer Generation von acht auf 30 Millionen. Diese Entwicklung konnten Eingeweihte sehr früh vorhersehen. Auch die Fachleute der Regierung. Zum Beispiel schrieb der Fernsehreporter Peter Scholl-Latour am 10.04.2000, also schon vor 16 Jahren, in einer Veröffentlichung wörtlich:

„Die bange Frage stellt sich, wie lange es im Zeitalter der Globalisierung noch dauern mag, bis die elenden Massen des Schwarzen Kontinents sich in einer riesigen Migration der Verzweiflung in Bewegung setzen werden, in Richtung wohlhabendes, aber abwehrunfähiges Europa? Die Welt braucht dringend eine Abschwächung der Geburtenraten. Schon jetzt leben zu viele Menschen auf unserem Planeten. Wenn das so weitergeht, sind es bald zehn Milliarden ...“

Dieter Mühlenbruch, 21502 Geesthacht

Der Islam – nur eine ganz normale Religion wie andere auch? Wir alle nehmen in den Medien immer wieder zur Kenntnis, dass der Islam eine Religion ist, vergleichbar mit dem Christentum. Dieser Glaube sei von der Anlage her friedfertig, und namhafte evangelische Christen beten sogar mit den Vertretern des Islam zu Gott, in der Annahme, es sei derselbe. Dabei berufen sich sowohl Verbände des Islam als auch die sog. Islamisten auf den Koran als religiöse und ideologische Grundlage. Nicht erst nach den Attentaten in Paris fragt man sich, was denn hierbei angesichts der brutalen Anwendung von Gewalt die Grundlage dafür ist, wie man mit dem offensichtlichen Widerspruch umgehen soll. Kann sich der sog. islamische Staat IS auf den Koran berufen?

Hier besteht Klärungsbedarf – auch, um falsche, gar gemeingefährliche Reaktionen zu verhindern. Wir lesen in den sog. sozialen Medien, dass Islam Unterwerfung bedeutet, dass der Koran mit seinen 114 Suren die Heilige Schrift des Islam ist, dass die Scharia das islamische Recht begründet und auf dem Koran basiert. Nun liest man im Koran u.a.: „Darum Allahs Fluch auf die Ungläubigen“, und: „Und tötet sie, wo immer ihr auf sie stoßt, und vertreibt sie....das ist die Vergeltung für die Ungläubigen“, sodann auch. „Der Lohn derer, die Krieg führen gegen Allah und die Seinen...wäre der, dass sie getötet werden sollten oder dass ihnen Hände und Füße abgeschlagen werden“, und schließlich: „O, die ihr glaubt! Nehmet nicht die Juden und die Christen zu Freunden.“ Wie passt das zu jenen Gläubigen des Islam, die sich bei uns integrierten oder das beabsichtigen? Sind Aussagen von Islamverbänden bekannt, die solche Aussagen des Korans aufheben? Gilt der Koran nur teilweise? Klar ist: Im Alten Testament der Bibel findet man Aussagen, die nicht zum Christentum und seinem entsprechenden Menschenbild passen – schließlich wurden diese in der vorchristlichen Zeit aufgeschrieben. Die Christenheit spielte in der Geschichte auch nicht immer eine Rolle, auf die wir stolz sein könnten. Aber wir haben heute in Deutschland laut Grundgesetz und in der Praxis eine klare Trennung zwischen Kirche und Staat. Die Scharia ist aber das islamische Recht, der Koran also nicht nur ein Religionsbuch, sondern Gesetzesgrundlage für deren Gläubige! Es ist für ein friedliches Miteinander wesentlich, dass man offen und ehrlich solche Fragen, die gerade in dieser Zeit die Bürgerinnen und Bürger bewegen, offen anspricht und klärt. Wer kann und will wohl dazu beitragen? Ich würde gern mehr von Selbst-

reinigungsaktivitäten der Islamverbände und ihrer Mitglieder erfahren!

Dr. Rainer Jork, 01445 Radebeul

„Denkverbote oder offene Diskussion“ Zur Souverän 4/2015, S. 22-24)

Der Beitrag von Prof. Dr. Asch hat in unserer Bezirksvorstandssitzung in Leverkusen am 2.12.15 erhebliches Befremden ausgelöst. Wir haben deshalb alle Vorstände der dem Bezirk angehörenden Kreisvereinigungen der Senioren-Union (Rhein-Sieg-Kreis, Rhein-Erft-Kreis, Bonn, Köln und Leverkusen) um ihre Meinung gebeten und können im Namen der großen Mehrheit unserer ca. 2500 Mitglieder feststellen, dass wir nicht nur die Kritik von Prof. Asch an der Bundeskanzlerin und der von ihr geführten Bundesregierung für ungerechtfertigt und diffamierend halten, sondern auch seine sonstigen Auslassungen für wenig hilfreich zur Lösung der Probleme, die durch den enormen Zustrom von Flüchtlingen entstanden sind.

Wir meinen, dass ein solcher Artikel nicht in die Mitgliederzeitschrift der Senioren-Union der CDU gehört. Er verunsichert viele Mitglieder und Wähler und schadet der Partei, die sich in den kommenden Wochen, Monaten und Jahren großen Herausforderungen und Bewährungsproben gegenübersehen, besonders auch im Hinblick auf die anstehenden Wahlen in einigen Bundesländern und im nächsten Jahr im Bund.

Prof. Asch, ehemaliges Mitglied der AfD und erklärter Europagegner, spart nicht mit oberflächlich-hämischen und somit wenig konstruktiven Aussagen:

- Ihm ist deutlich zu widersprechen, wenn er z.B. sagt, dass der Bundesregierung die Kontrolle über die Außengrenzen des Staates gänzlich entglitten sei, dass Deutschland weitgehend ziel- und führungslos, ja mit bewusst geschlossenen Augen in die jetzige Krise hineingeschlittert sei.
- Klar zu beanstanden sind seine Ausführungen zur Bedeutung und zum Wirken der christlichen Religionen; geradezu beleidigend ist seine Behauptung, dass die gegenwärtigen Amtskirchen bald nur noch eine Nischenexistenz führen werden und lediglich enthusiastische Konkursverwalter nur noch residual vorhandener christlicher Traditionen seien.
- Ferner ist die Passage über das Grundgesetz zu beanstanden, das er in die Nähe der Straßenverkehrsordnung rückt; er übersieht, dass das Grundgesetz viel mehr ist als eine Reaktion auf die deutsche Katastrophe in den Jahren 1933 – 1945, sondern viele,

App vom Arzt

Die drei Autoren – ein langjähriger Gesundheitspolitiker, ein Medizinprofessor und ein Gründer von Start ups im Gesundheitsbereich – stellen eine steile These auf: Datenschutz ist was für Gesunde. Wer auf Hilfe angewiesen ist, etwa bei der Suche nach der besten Krebstherapie, wer Mehrfachuntersuchungen sowie lange Wege zu Ärzten und Wartezeiten vermeiden will, der stellt den Datenschutz hintenan. Nichts Geringeres als die nächste Revolution in der Medizin sagen die Autoren voraus, an deren Ende mehr Menschen länger gesund leben werden. Anhand von anschaulichen Beispielen zeigen sie, wie der Patient immer mehr zum Konsument wird, der die Hoheit über seine Daten hat. Und wie sich die Rolle des Arztes wandelt, weg vom allwissenden Halbgott in Weiß hin zu einem

mitfühlenden Berater, der seine Diagnosen mithilfe einer weltweiten Analyse von Krankheitsdaten stellt. Vieles ist schon heute möglich, wird aber durch strenge Datenschutzgesetze behindert. Und gleichzeitig geben Nutzer den großen Unternehmen des Internets freiwillig ihre Daten – vollkommen ungesichert. Die Autoren wagen einen Blick in die nahe Zukunft, zeigen die Chancen der digitalen Medizin.

Jens Spahn/Markus Müschenich/Jörg F. Debatin: App vom Arzt. Bessere Gesundheit durch digitale Medizin, Herder-Verlag, Freiburg, 2016, ISBN 978-3-451-37508-8, 16,99 €



wenn nicht alle Grundwerte der Vereinten Nationen und auch der EU enthält.

- Sein polemischer Satz: „Die Welt kann nicht mit der Bergpredigt regiert werden“, verkennet, dass unser Wertesystem weitgehend auf Aussagen der Bergpredigt aufbaut/sich darauf bezieht. Deutsche Politiker wie z. B. Richard von Weizsäcker (CDU) oder Reinhard Höppner (SPD) haben gesagt, dass man sich humane, auf christlichen Werten beruhende Politik nur mit wesentlichen Aussagen der Bergpredigt vorstellen könne. Dies sind nur einige kritische Bemerkungen zum Beitrag von Prof. Asch. Viele seiner Äußerungen kennt man aus AfD-Talkshowbeiträgen und aus Meinungen von Politikern, die in das rechtspopulistische Horn stoßen. Wir alle wissen, dass Deutschland und damit auch die EU sich hinsichtlich der Flüchtlingsprobleme in einer äußerst schwierigen Lage befinden und dass diese Probleme nicht von heute auf morgen, sondern nur sehr langfristig zu lösen sind. Einigkeit über die Parteigrenzen hinweg besteht wohl darüber, dass es notwendig ist,
- so schnell wie möglich von einer illegalen, ungeordneten zu einer legalen und damit auch kontrollierten Einreise von Flüchtlingen und Asylsuchenden in die EU und damit auch nach Deutschland zu kommen,
- dadurch die Flüchtlingszahlen spürbar zu senken, um die aufnehmenden Länder und ihre Kommunen (mit ihren zahlreichen ehrenamtlichen Helfern) und damit auch ihre Bemühungen um eine gelingende Integration nicht zu gefährden und

- die Fluchtursachen in den Herkunftsländern zu bekämpfen, was neben humanitärer Hilfe, z.B. in den vielen Flüchtlingslagern in der Türkei und anderen Ländern, besonders eine langfristig wirksame Entwicklungshilfe erfordert, die die sozialen und ökonomischen Lebensverhältnisse so nachhaltig verbessert, dass die Entscheidung zum Verlassen der eigenen Heimat gar nicht erst getroffen wird. Besonders für afrikanische Länder gilt, dass die seit Jahrzehnten von den Industrieländern „gewährte“ Hilfe wenig bewirkt hat; afrikanische Entwicklungsexperten raten seit Jahren dazu, die klassische (staatliche) Entwicklungshilfe einzustellen, weil sie Entwicklung nicht fördert, sondern vielmehr korrupte Abhängigkeiten schafft, besonders bei den politischen und wirtschaftlichen Eliten dieser Länder. Es ist deshalb viel zu kurz gedacht, wenn immer wieder mehr Geld für Entwicklungshilfe gefordert wird; vielmehr müssen die Menschen in diesen Ländern in die Lage versetzt werden, sich selbst zu helfen, ihre eigenen Chancen im Land zu erkennen und ihre eigenen Kräfte zu mobilisieren (vgl. Souverän 2-2016, S. 24-27) ...

Denkverbote oder offene Diskussion? Natürlich keine Denkverbote, aber eine offene Diskussion, die frei sein sollte von voreiligen Urteilen und ideologischen Verengungen. Diesem Anspruch ist Professor Asch nicht gerecht geworden.

**Für den Bezirksvorstand der SU der CDU im Bezirk Mittelrhein
Dr. Joseph Lütke Entrup (Vorsitzender)**

AUSBLICK AUS DER ERSTEN REIHE



100%

Partnerrabatt*



Exklusiv für die Senioren-Union der CDU Deutschlands

Flusskreuzfahrten verbinden auf ganz wunderbare Weise die Annehmlichkeiten eines schwimmenden Komforthotels und das Erleben und Entdecken von Ländern und Menschen. Exklusiv auf den Schiffen der AMADEUS-Flotte erleben Sie im geruhsamen Reisetempo entlang der schönsten Flüsse Europas traumhafte Metropolen und einzigartige kulturelle Momente. Genießen Sie an Bord Ihrer AMADEUS-Schiffe den exzellenten Service und die herzliche Atmosphäre auf Europas schönsten Wasserstraßen.

KLASSISCHER RHEIN

8-tägige Kreuzfahrt

Amsterdam – Basel oder umgekehrt

auf der MS Amadeus Brilliant

Termine: 27.10.2016, 03.11.2016

ab 499 Euro p. P.

PARIS UND DIE SEINE

8-tägige Kreuzfahrt

Paris – Caudebec-en-Caux – Paris

auf der MS Amadeus Diamond

Termine: 13.10.2016, 20.10.2016

ab 599 Euro p. P.

SÜDFRANKREICH ERLEBEN

8-tägige Kreuzfahrt

Lyon – Chalon-sur-Saône – Arles – Lyon

Auf MS Amadeus Symphony

Termine: 13.10.2016, 27.10.2016

ab 599 Euro p. P.

Nur solange der Vorrat an Angebotskabinen reicht. Es gelten die Allgemeinen Reisebedingungen von Amadeus Flusskreuzfahrten.

* 100% Rabatt für die 2. Person auf den Kreuzfahrtpreis bei Doppelbelegung. Nur solange der Vorrat an Angebotskabinen reicht.

Es gelten die Allgemeinen Reisebedingungen von Amadeus Flusskreuzfahrten.

Beratung und Buchung bei Amadeus Flusskreuzfahrten GmbH,

Verkaufsbüro Robert-Blum-Straße 21, 51373 Leverkusen

Kostenlose Hotline (nur für Senioren-Union): 0800/8745687

Web: www.amadeus-flusskreuzfahrten.de – E-Mail: info@amadeus-flusskreuzfahrten.de

